

KONGRESSDIENST

Hamburg

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

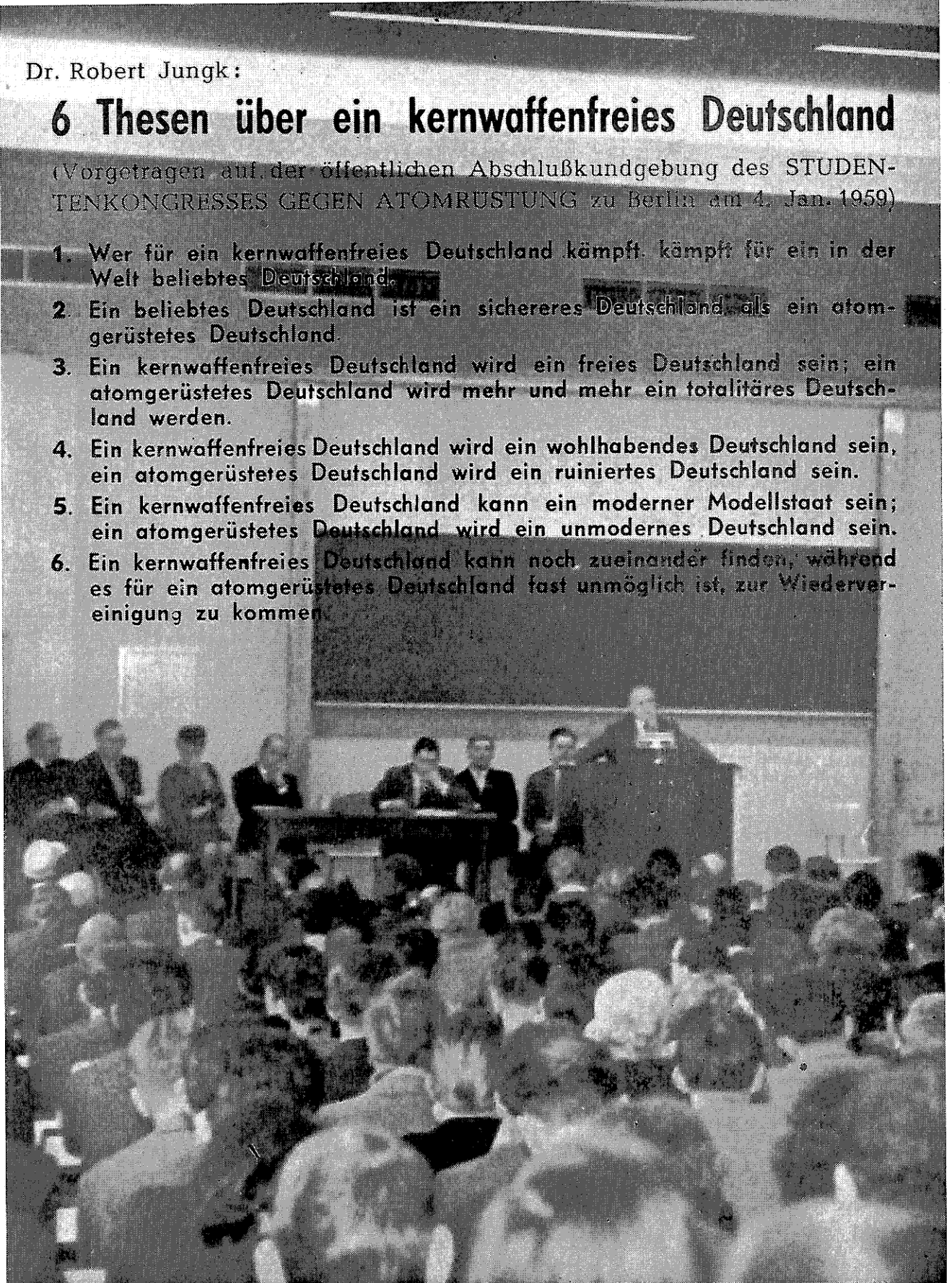
Januar 59
NUMMER 6

Dr. Robert Jungk:

6 Thesen über ein kernwaffenfreies Deutschland

(Vorgetragen auf der öffentlichen Abschlußkundgebung des STUDENTENKONGRESSES GEGEN ATOMRÜSTUNG zu Berlin am 4. Jan. 1959)

1. Wer für ein kernwaffenfreies Deutschland kämpft, kämpft für ein in der Welt beliebtes Deutschland.
2. Ein beliebtes Deutschland ist ein sichereres Deutschland als ein atomgerüstetes Deutschland.
3. Ein kernwaffenfreies Deutschland wird ein freies Deutschland sein; ein atomgerüstetes Deutschland wird mehr und mehr ein totalitäres Deutschland werden.
4. Ein kernwaffenfreies Deutschland wird ein wohlhabendes Deutschland sein, ein atomgerüstetes Deutschland wird ein ruiniertes Deutschland sein.
5. Ein kernwaffenfreies Deutschland kann ein moderner Modellstaat sein; ein atomgerüstetes Deutschland wird ein unmodernes Deutschland sein.
6. Ein kernwaffenfreies Deutschland kann noch zueinander finden, während es für ein atomgerüstetes Deutschland fast unmöglich ist, zur Wiedervereinigung zu kommen.



„Ein gefährliches Denkschema“

Ein Diskussionsbeitrag zur zweiten Plenartagung

„Wir erwarten von Ihnen, daß Sie jeden erdenklichen Widerstand leisten gegen die atomare Aufrüstung... Ebenso gilt es, die Voraussetzung einer solchen Aufrüstung zu beseitigen, nämlich die gefährlichste aller politischen Lügen, die Lüge von der bevorstehenden Aggression der Sowjetunion.“ (Appell von 33 nicht der SPD angehörenden Persönlichkeiten an den SPD-Parteitag im Mai 1958).

Die riesigen Fortschritte, die die Atomforschung in den letzten 20 Jahren erzielte, hat auf fast allen Gebieten des menschlichen Lebens und Denkens zu neuen Erkenntnissen und neuen Gegebenheiten geführt. Es ist klar, daß in unserer Epoche, die mit Stolz als der Beginn des Atomzeitalters bezeichnet wird, nicht gerade ein solch wichtiger Sektor wie die Politik in alten überkommenen Denkschemata verharren darf, daß ein politisches Umdenken zur dringenden Notwendigkeit wird.

Wie sieht es damit in der Bundesrepublik aus? Am 11. November 1956 erklärte Bundesverteidigungsminister F. J. Strauß: „Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können“. Was Herr Strauß trotz seiner Grobschlächtigkeit noch nicht offen zu sagen wagte, hat dann im Januar 1958 im Bundestag der Abgeordnete von Manteuffel-Szoego ausgesprochen, in dem er verkündete, daß man „das Böse“ (zu anderen Zeiten hätte er wahrscheinlich „das bolschewistische Untermenschentum“ gesagt) auch mit atomaren Vernichtungsmitteln ausrotten müsse. Im Grunde meinen der Minister und der Abgeordnete das gleiche, wenn sie es auch mit anderen Worten ausdrücken. Das, was sie aber meinen, was auch die offizielle Meinung der Bundesregierung und der herrschenden Regierungspartei, der CDU/CSU, ist, ist nichts anderes als das aus der Hitlerzeit übernommene Denkschema des Antibolschewismus, dieses gleichen Antibolschewismus, den Thomas Mann einmal während des 2. Weltkrieges als die „Grundtorheit unserer Epoche“ bezeichnet hat.

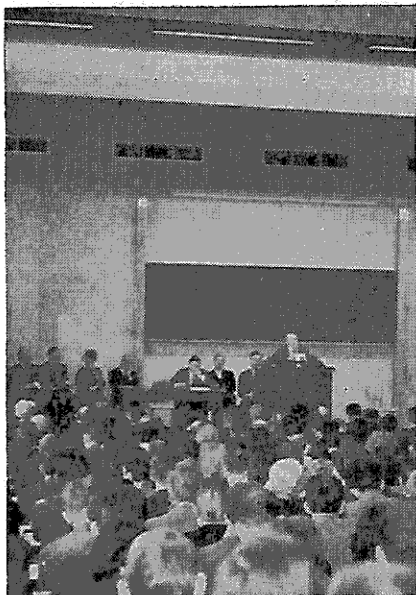
Als Thomas Mann diesen Satz aussprach und begründete, war er keineswegs davor gefeit, in der Öffentlichkeit als „Agent des Kreml“ und als „moskauhörig“ verschrien zu werden. Wenn er es trotzdem tat, so darum, weil er damit die Wahrheit sagte und weil es keineswegs einem Plädoyer für den Kommunismus gleichkommt, wenn man die Torheit und die tödliche Gefahr des Antikommunismus aufzeigt. Denn in welch furchtbare Katastrophe das auf dem Antibolschewismus aufgebaute Hitlersystem das deutsche Volk geführt hat, braucht wohl hier keiner besonderen Beweisführung.

War also der Antibolschewismus des sogenannten Dritten Reichs bereits

verhängnisvoll genug, so muß der Antibolschewismus der Bundesregierung, der zur „Begründung“ der atomaren Rüstung der Bundesrepublik vorgebracht wird, zu unserem endgültigen Untergang führen, aus dem uns auch kein zweites „Wirtschaftswunder“ mehr erretten kann. Selbst die systematische Verharmlosung der nuklearen Waffen durch die offizielle und inoffizielle Bonner Propaganda kann heute nicht mehr über die Auswirkungen eines Atomkrieges auf deutschem Boden hinwegtäuschen. Diese Auswirkungen aber sind so, daß ein Vergleich der Folgen eines Atomkrieges mit denen eines mit herkömmlichen Waffen geführten Krieges kaum noch möglich ist.

Die Legende von der „bolschewistischen Weltgefahr“ besteht schon so lange, wie es die Sowjetunion gibt, d. h. seit über 40 Jahren. Seitdem wurde der Antibolschewismus im sogenannten Westen und was uns hier in erster Linie interessiert, in Deutschland dazu benutzt, die Aufrüstung der Heere mit den jeweils modernsten Waffen zu begründen. Auf psychologischem und propagandistischem Gebiet wurde der Antikommunismus dazu verwandt, den Massen den „Erbfeind“ erkenntlich zu machen, gegen den es sich zu schützen und zu kämpfen gelte. Herr Dr. Adenauer betrat also ein seit langem in Deutschland bearbeitetes Terrain, als er vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie im Mai 1956 erklärte: „Daher stehen wir dieser Welt (des Kommunismus), die im Grunde unser Todfeind ist, mit größter Wachsamkeit gegenüber.“

Was aber sind die Folgen dieser Theorie vom „Todfeind“? Paul Schallück schreibt dazu: „... Sie haben den politischen Gegner, die Sowjetunion, wie einen Teufel an die Wand gemalt, sie haben den Gegner zum Teufel erklärt. Mit einem Teufel kann man nicht mehr verhandeln... gegen einen Teufel kann man nur noch rüsten. Einen Teufel kann man nur vernichten, mit klassischen Waffen, mit 'sauberen' A- und unsauberen H-Bomben und Raketengeschossen.“ Professor D. Ernst Wolf stellt fest, man habe erklärt, „daß der potentielle Gegner, der Bolschewismus, die Macht des Bösen schlechthin, der Antichrist in Person sei. Diese propagandistische Erfindung des Nationalsozialismus ist im sog. christlichen Abendland nach 1945 zu einem gemeingefährlichen Dogma geworden; gemeingefährlich, weil es nicht nur die Kunst echten politischen Handelns und d. h. Verhandeln verhindert, sondern auch, weil es in Gestalt der Alternative ATOMKRIEG ODER BOLSCHEWISMUS blind macht gegenüber den besonderen Problemen der Stellung zu den nun einmal beiderseits vorhandenen



Der Studentenkongreß gegen atomare Aufrüstung in West-Berlin hat gezeigt, daß immer mehr Menschen aus unserem Volke sich weigern, sich von den Berufspolitikern aller Parteien in lebenswichtigen Fragen gängeln zu lassen. Parteitaktische Erwägungen müssen in der Frage der atomaren Aufrüstung zurückstehen. Dazu ist die drohende Gefahr zu groß. — Diese Lehre des Studentenkongresses ermutigt uns sehr. Zeigt sie doch, daß wir in der sachlichen Interpretation dieses allgemeinen Wissens auf dem richtigen Wege sind.

Aufklärungs- und Werbematerial

In den Nebenräumen des Kongreßlokals der zweiten Plenartagung des „Ständigen Kongresses“ in Dortmund soll eine Ausstellung von Aufklärungs- und Werbematerial durchgeführt werden. Wir bitten alle zentralen Landes- und örtlichen Ausschüsse, Bewegungen und Organisationen um Zusendung von je 2—3 Exemplaren der von ihnen herausgegebenen Broschüren, Flugblätter, Handzettel, Plakate und sonstigen Materialien an die Adresse: „Ständiger Kongreß“, Hamburg 19, Eichenstraße 46.

Die Ausstellung wird so den Teilnehmern der Tagung Anregungen geben und die Vielfalt der Tätigkeit der Bewegung widerspiegeln. Im Voraus dankt Das Büro des Präsidiums

★

Wir bitten alle am regelmäßigen Besuch des „Kongreßdienstes“ Interessierten um Überweisung eines Jahresbeitrages von DM 10,—. Dieser Jahresbeitrag, der für die Finanzierung des Büros des Ständigen Kongresses gedacht ist, schließt die freie Lieferung des „Kongreßdienstes“ ein. Postscheckkonto: Hamburg 2566 70 Karl-Ludwig Opitz, Sonderkonto „Ständiger Kongreß“.

★

Geben Sie uns bitte die Anschriften von Persönlichkeiten und Organisationen, denen wir nach Ihrer Meinung ein Probeexemplar des „Kongreßdienstes“ senden sollen.

Unsere Aufgabe im neuen Jahr

Kürzlich wurde in einem Vortrag von einem Mann, der sich für einen Kenner der realpolitischen Möglichkeiten hält, gesagt, wir hätten den derzeitigen „Frieden“ nur den Atombomben, d. h. dem beiderseitigen Besitz dieser „Waffen“ zu verdanken. Das dürfte aber nur gesagt werden, wenn sofort zwei Gedanken hinzugefügt werden: Erstens ist diese Si-

Fortsetzung von Seite 2

atomaren Kampfmitteln überhaupt.“

Die von den Propagandisten des antibolschewistischen Kreuzzuges nach der berühmten Vereinfachungsmanier Dr. Adenauers geschaffene Alternative Atomkrieg oder Bolschewismus ist genau so falsch und gefährlich wie die von Goebbels erfundene Alternative Sieg oder Sibirien. Beide sollen nur dazu dienen, jedes selbständige Denken zu verhindern und die Menschen dazu zu verleiten, die Anwendung jedes, auch noch so verabscheuungswürdigen Mittels zu billigen, um der einen oder der beiden Möglichkeiten zum Erfolg zu verhelfen. Aber, so sagt der Berliner Theologe Professor Heinrich Vogel, „es gibt keinen denkbaren Zweck, durch den die Massenvernichtungsmittel, ihre Herstellung, Erprobung und Anwendung, gerechtfertigt werden könnten.“

Wenn wir die Gefahr des Antikommunismus aufzeigen, wenn wir vor seinen unabsehbaren Folgen im Atomzeitalter warnen, heißt das nun, daß wir den bestehenden Gegensatz zwischen den in West und Ost vorhandenen Ideologien leugnen oder vertuschen wollen? Keineswegs! Wir sind lediglich der Meinung, daß dieser Gegensatz nicht mit Atombomben beseitigt werden kann, daß es vielmehr trotz des Gegensatzes ein Nebeneinanderbestehen der verschiedenen Gesellschaftsordnungen, eine Koexistenz zwischen Ost und West geben kann und muß. „Koexistenz“, so schreibt die Zeitschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in ihrer Mai-Nummer 1958, „bedeutet nicht, daß man die politischen Ziele und Methoden des künftigen Partners billigt oder gar als vorbildlich herausstellt — sie setzt jedoch das Bemühen voraus, den anderen Staat ohne Vorurteile zu sehen.“

Es gibt ein amerikanisches Sprichwort, das sagt: Manche Leute kann man immer, alle Leute kann man manchmal, aber man kann nicht alle Leute immer irreführen. Schon manches Mal wurden wir Deutschen zu unserem eigenen Schaden mit der Legende von der „bolschewistischen Gefahr“ irreführt. Wir müssen heraus aus diesem verlogenen Denkschema, wenn wir unsere Existenz und die unseres Volkes erhalten wollen.

W.B.

cherung des „Friedens“ fragwürdig bei dem derzeitigen Rüstungswettrennen, dank dem jeden Tag die eine Partei ein neues überlegenes Mittel finden kann, sie wird noch fragwürdiger, wenn nun mit der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr die Verteilung der Atomwaffen auf kleinere Staaten beginnt. Zweitens, und das ist noch wichtiger, ist an uns alle die Frage gestellt: Was tragen wir zu einer besseren Sicherung des Friedens bei? Was tun wir, um unter der Dekke jener fragwürdigen Sicherung des Friedens eine wirkliche, tragfähigere vorzubereiten? Gerade die kleineren Länder und die Länder, die bisher noch keine Atomwaffen haben, und unter ihnen gerade diejenigen, die dank ihrer Lage weit besser zu Brücken, zu Vermittlern anstatt zu hochgerüsteten Brückenköpfen geeignet wären — so z. B. Deutschland — sollten sich für politisches Umdenken, für neue, dem rasch werdenden Zeitalter der EINEN Menschheit gemäße Wege einsetzen, statt von überlebten Strategen des kalten Krieges ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Es ist eines der beschämendsten Ereignisse unserer Tage, daß der „freie“, „christliche“ Westen nicht nur die menschenunwürdigsten Massenvernichtungsmittel entwickelt und benutzt hat, sondern auch erschütternd phantasielos beim Suchen und beim mutigen Beschreiten der neuen Wege ist. Wie lange wollen eigentlich die Christen noch ihre Missionen aufrecht erhalten, während sie ihre Glaubwürdigkeit mehr und mehr untergraben: Indem sie sich nicht entschließen können, die Benützung der H-Bombe als Sünde zu brandmarken mit allen Konsequenzen aus dieser Entschließung, das heißt z. B. dem Gebot an ihre Glieder, in einer mit diesen Symbolen der Menschenverachtung ausgerüsteten Armee den Dienst zu verweigern. Indem sie die atomare Ausrüstung mit dem „Schutz der Heimat“ rechtfertigen, das Wort ihres Herrn vergessend: „Das alles tun die Heiden auch — ihr aber...“. Indem sie endlich die Weltstunde verpassen, in der die endliche Realisierung der christlichen Botschaft der Brüderlichkeit die einzige Basis für eine wirklich reale Realpolitik ist. Wenn ein Bewohner eines anderen Planeten die Äußerungen von Dulles, Adenauer, Strauß und dagegen die von Nehru, Sukarno läse und dann die Evangelien, er müßte die ersteren für „Heiden“, die letzteren für „Christen“ halten! Er müßte sich wundern darüber, daß da ein leicht realisierbarer Plan für den Anfang jenes Friedensgebäudes unter der einstweilen schützenden Decke des Atomgleichgewichtes angeboten wird, „ein Licht im Dunkel“ (A. Schweitzer), der von einem verworfenen, heidnischen, atheistischen Minister Rapacki entworfen,

von den christlichen Staatsmännern aber nicht einmal diskutiert wurde.

Wenn uns immer wieder die „Züchtung eines Angstkomplexes“ vorgeworfen wird, dann frage ich mich ratlos und kopfschüttelnd, wann denn einmal einen solchen christlichen Atompolitiker, der „Waffen“ propagiert, herstellt und anschafft, die doch keinen Zweck haben, wenn er sie nicht benützen will, die Angst davon packen wird, daß er sie eines Tages benützen muß und wird. Der Gedanke an diese Schuld scheint noch keinem ernsthaft gekommen zu sein.

Wenn endlich wieder ein „echtes Gespräch zwischen den beiden Lagern (in die heute die Menschheit aufgespalten ist) beginnen“ soll, dann müssen die, „die es beginnen, das apriorische Mißtrauen in sich überwinden“, schrieb Martin Buber. „Und selbstverständlich werden es nicht Menschen sein, die lediglich im eigenen Namen sprechen; hinter ihnen wird die unorganisierte Schar jener zu ahnen sein, die sich dadurch vertreten fühlen. ... Diese Vertretung und Vertreterschaft ist nicht in den Zwecken der Stunde gefangen, sondern mit der freien Weltsicht dessen begabt, dem die Ungeborenen entgegenrufen... Aus den Lagern zueinander tretend, werden die in der Vollmacht des Geistes Stehenden miteinander planetarisch zu denken wagen... Ihr Erfolg wird von den Vertretern, von ihrer rückhaltlosen Ehrlichkeit, ihrem phrasenfeindlichen guten Willen, dem mutigen Einsatz ihrer Person abhängen; von da allein kann auf Erden den Vertretern die Kraft zukommen, derer sie bedürfen. Siehe da unsere Aufgabe, die Aufgabe von uns „kleinen“, „machtlosen“, so oft der Resignation anheimfallenden Leuten im neuen Jahre — denn diese Vertreter sind längst da!

Der Stellungnahme des Herrn Prof. Max Schuler, Göttingen im „Kongreßdienst“, Nr. 5, Seite 22, stimme ich rückhaltlos zu.

Prof. Dr. A. Gallinger

Wer hat das wohl gesagt?

„Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden. Ja, ich will noch weitergehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir, wie die Schweiz, völkerrechtlich neutralisiert würden.“

Sie werden es nicht erraten. Es steht auf Seite 15.

Studenten-Kongreß gegen Atomrüstung

Ein vielversprechendes Ereignis

Sagen wir es gleich von vornherein: Es war ein erfreuliches, aufrüttelndes, viel versprechendes Ereignis, dieser STUDENTENKONGRESS GEGEN ATOMRÜSTUNG, der am 3. und 4. Januar in den Räumen der „Freien Universität“ in Berlin zusammenkam.

Erfreulich — weil hier junge Menschen aus 20 Hochschulen der Bundesrepublik und Westberlin zusammenströmten, die zur guten Tat entschlossen waren, die sich weder durch Drohungen noch durch angeblich wohlmeinende Ratschläge von ihrem Vorschlag abbringen ließen, die sich ihrer besonderen Verantwortung als junge Menschen und als angehende Akademiker bewußt waren.

Aufrüttelnd — weil die mit tiefem Ernst geführten Debatten des Kongresses und die nach langen Beratungen gefaßten Beschlüsse zur Aktion für viele Menschen und Organisationen innerhalb der Antiatom-Bewegung in der Bundesrepublik, die in letzter Zeit in ihren Anstrengungen nachließen, ein Ansporn zu neuer Aktivität sein können.

Viel versprechend — weil hier junge Menschen sich daran machten, die alten Denkschemata zu verlassen und ohne Rücksicht auf bisher streng behütete Tabus mit der der Jugend innewohnenden Schöpferkraft Neues zu schaffen. Vielversprechend aber auch, weil dieser Kongreß der Ausgangspunkt einer politischen Aktion der studentischen und der übrigen Jugend werden kann, die zum Ziel ein kernwaffenfreies, demokratisches und wiedervereinigtes Deutschland hat.

In der Tat beschränken sich die Studenten nicht darauf, die atomare Ausrüstung der Bundesrepublik zu verurteilen, sie fühlten sich auch berufen, die Wahrheit über die furchtbaren Gefahren, die die Atomwaffen auf allen Gebieten des geistigen und materiellen Lebens heraufbeschwören, zu verbreiten. Sie suchten nach Wegen, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die die Politik der Stärke, des Kalten Krieges und der Atomrüstung die Bundesrepublik geführt hat. Mag noch manches an diesem Kongreß unvollkommen sein, mag man z. B. bedauern, daß die Kongreßleitung eine Beteiligung von Studenten der ostberliner Humboldt-Universität und anderer Hochschulen der DDR ablehnte, so kann man doch nicht umhin, das ehrliche Streben der 320 Delegierten des Kongresses und ihrer 200 Gäste anzuerkennen. Diejenigen aber, die bereits vor dem Beginn des Kongresses, während und nach der Tagung die Studenten und ihre Arbeit verleumdete sowie die Bedeutung des Kongresses herabzumindern versuchten, taten dies nur, weil der Mut zur Wahrheit dieser jungen Menschen ihnen Angst einflößt, vor allem aber weil es ihnen nicht gelungen war, aus dem Kongreß ein Instrument des Kal-

ten Krieges zu machen, so wie sie sich das ursprünglich erhofft hatten. Ihrer Enttäuschung und ihrer Wut gaben sie lautlos Ausdruck, was aber der Bedeutung des Kongresses keinen Abbruch tun kann. Gleich zu Beginn hatte einer der studentischen Sprecher dem diesbezüglichen Willen des Kongresses Ausdruck verliehen, indem er erklärte: „Wir lassen uns nicht durch Unterstellungen westlicher Institutio-



Dr. Walter Menzel

Telegramm des „Ständigen Kongresses“ an den Studentenkongreß

HATTEN SICH IM LETZTEN KRIEG DIE AMERIKANER DIE RUSSEN DIE ENGLÄNDER UND DIE DEUTSCHEN MIT WASSERSTOFFBOMBEN BEWORFEN UND MIT ATOMRAKETEN BESCHOSSEN DANN WÜRDEN DIE WENIGEN ÜBERLEBENDEN EUROPAER HEUTE IN ERDLOCHERN HAUSEN — WIR SIND NOCHEINMAL DAVONGEKOMMEN UND WIR SOLLTEN DESHALB DEM GNÄDIG GEWESENEN SCHICKSAL UNSERE REVERENZ ERWEISEN INDEM WIR UNS ÜBER ALLE POLITISCHEN MEINUNGEN HINWEG GEGEN NUKLEARE SELBSTMÖRDER ENTHUSIASTEN GEMEINSAM ZUR WEHR SETZEN — WIR WÜNSCHEN DEM STUDENTENKONGRESS EINE ERFOLGREICHE TAGUNG — MIT BESTEM GRUSS DAS BURO DES STÄNDIGEN KONGRESSES ALLER GEGNER DER ATOMAREN AUFRÜSTUNG IN DER BUNDESREPUBLIK GEZEICHNET KARLLUDWIG OPITZ

nen zu einer Politik des Kalten Krieges verleiten.“ Der Kongreß blieb dieser Devise treu und überwand alle Manöver der Störenfriede.

Nach der Eröffnungssitzung am Vormittag des 3. Januar, auf der Dr. Menzel (MdB), Prof. Dr. Helmuth Gollwitzer, Kurt Mattik (MdB), Dr. E. Müller-Gangloff (Berlin), B. Svahnström (Stockholm), Prof. Dr. M. Wagner (London) sowie die Studenten Werner Gessler und Manfred Rexin sprachen, verteilten sich die Teilnehmer auf 5 Arbeitsausschüsse, die sich mit folgenden Themen beschäftigten: Atomrüstung und Demokratie, Atomrüstung und Wiedervereinigung, Atomrüstung und Außenpolitik der Weltmächte, Atomrüstung und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Atomrüstung und christliche Verantwortung. Nach langen, zum Teil sehr lebhaften Diskussionen in den Arbeitsausschüssen nahm das Plenum am darauffolgenden Tag eine Reihe von Beschlüssen an, die vom Hauptausschuß des Kongresses oder von den 5 Arbeitsausschüssen entworfen worden waren. An den Debatten der Arbeitsausschüsse beteiligten sich neben den Kongreßdelegierten noch folgende Persönlichkeiten: Dr. Robert Jungk, Propst D. Heinrich Grüber, Erich Kuby, Prof. Dr. R. Schottländer, Helmuth Schmidt (MdB), Prof. Dr. Bauermeister, Prof. D. Martin Fischer u. a.

Mit welcher Klarheit und welchem Verantwortungsbewußtsein die Studenten an die Dinge herangingen, mögen hier einige Sätze aus der Hauptresolution und den Zusatzresolutionen zeigen. Dort heißt es:

„Wir sind in Berlin zum STUDENTENKONGRESS GEGEN ATOMRÜSTUNG zu einem Zeitpunkt zusammengekommen, wo diese Stadt zum Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses geworden ist... Die Berlinkrise scheint nicht zuletzt als Folge der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr entstanden zu sein. Eine isolierte Lösung der Berlin-Frage gibt es nicht. Mehr denn je drängt die Zeit, die explosive Lage in Mitteleuropa zu entschärfen. Niemand bleibt es nun erspart, nach neuen Wegen zur europäischen Sicherheit und zur schrittweisen Lösung der deutschen Frage zu suchen. Die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ist ein entscheidendes Hindernis für eine Entspannung in Mitteleuropa. Atomwaffen in einem zweigeteilten Deutschland sind ein gefährliches Experiment für den Weltfrieden. Ein Junktim zwischen dem bisher geforderten Weg zur Wiedervereinigung und der Abrüstung blockiert nicht nur die erste, sondern darüber hinaus internationale Verhandlungen, die zum Erfolg führen könnten.“

Zum Rapacki-Plan: „Hier kann ein Modell für internationale Rüstungskontrolle erprobt werden. Eine kern-

Das Atomproblem in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation

Referat gehalten auf der Präsidiums-
tagung des „Ständigen Kongresses“
am 22./23. November 1958 in Kassel.

Meine hochverehrten Damen und
Herren!

Es scheint, daß man in Washington wie auch in London heute gern herunter möchte von den Beschlüssen der Pariser Dezember-Konferenz, auf der man unter dem Eindruck der russischen Sputniks sich entschloß, anderen NATO-Mächten gleichfalls atomare Waffen zu geben. Es mehrten sich Stimmen des Mißtrauens und des Zweifels, wohin es führen würde, wenn nun zahlreiche Mächte in den Besitz dieser Vernichtungsmittel kämen und damit die sogenannte atomare Anarchie ausbrechen würde. Man bremst heute in Washington, und man bremst noch stärker in London, und Herr Strauß steht heute schon im Kampf mit jenen Elementen in der NATO, die es bedauern, daß Deutschland allzu schnell zugegriffen hat. Das ist der Grund, warum man heute über das Atomproblem international zwischen den drei Atom-mächten ganz anders redet, als man das etwa vor einem Jahr getan hat. Man fühlt, daß die Geschlossenheit dieses Atomklubs der Drei bedroht ist und daß man sich beeilen muß, um zu verhindern, daß Leute wie de Gaulle und Strauß oder Mao Tse Tung auch in den Besitz der Bombe kommen und dann Großmachtpolitik auf eigene Faust treiben können. Ich habe in Köln vor vier Monaten darauf hingewiesen, daß der Sturz von Louis Strauß ein Zeichen dafür war, daß man in Amerika keineswegs mehr sich völlig auf die Atompolitik zu verlassen gedenkt. Bald darauf folgte ihm dann Teller, der ebenfalls seiner wichtigsten militärpolitischen Funktionen entbunden wurde und nur noch als Fachmann fungiert. Damit war der Weg frei, um zumindest an eine Alternative zu denken zu der reinen atomaren Orientierung, die ja nichts kennt als den totalen Frieden oder die totale Vernichtung. Und dann kamen als nächstes, und das war außerordentlich bedeutsam und wirkt sich jetzt allmählich aus, die Tagungen der Wissenschaftler. Einmal die dritte „Pugwash“-Konferenz, Kitzbühel, wo sich die Vertreter von Ost und West, die Fachleute, die Wissenschaftler, die Väter der Kernspaltung darüber verständigten 1., daß es eine abgestufte Abschreckung nicht gibt und nicht geben kann, weil im Notfall jeder auch von den schwersten Waffen Gebrauch macht, wenn die leichteren nicht mehr helfen; daß 2. die Verständigung über die Atomwaffe schrittweise, über die Abschaffung der Atommittel schrittweise erfolgen müsse, weil man schwerlich damit rechnen könne, daß sie sofort und total abgeschafft würden und damit der erste Schritt der Versuchsstop sein müßte, der ja

schon, was die Sowjetunion betraf, im Gange war und daß man sich über den Stop der Atomversuche und die Vorbeugung gegen Überraschungsangriffe, die noch im Gange sind, einig darüber war, 3. die effektive und sichere Kontrolle nach fünf verschiedenen Gesichtspunkten durchführen zu können.

Damit hatten die Wissenschaftler aus Ost und West ihr entscheidendes Wort gesprochen. Ein anders Faktum, das man auch an Bedeutung nicht unterschätzen sollte, ist das Gutachten der UNO-Kommission über die radioaktiven Gefahren, das zu dem Ergebnis kam, die Toleranzgrenze sei in vielen Fällen erreicht worden.

Das war auf der einen Seite weniger, als die Atomwaffenbekämpfer erwarteten, aber es war wesentlich mehr als die Verniedlicher, die Verharmloser gewollt hatten.

In dieser Situation versammelten sich die Mächte in Genf zu zwei Konferenzen.

Hinzu kommt ein Ereignis, das merkwürdigerweise wenig Beachtung in der bundesdeutschen Presse gefunden hat, die ja immer nur die Hälfte der Wahrheit sagt, teils weil die Journalisten selbst nur die Hälfte der Wahrheit erfahren, teils weil sie die andere Hälfte bewußt verschweigen, damit sie nicht von den Tatsachen Lügen gestraft werden.

Gromyko hat in der Vollversammlung der Vereinten Nationen kontrollierte und konventionelle Abrüstung vorgeschlagen.

Genau die beiden Forderungen, hinter denen sich jahrelang die Amerikaner, die Engländer, Franzosen und Bonn verschanzt haben. Gromyko schlug vor: Beide Weltmächte rüsten ab auf 2 1/2 Millionen Mann, Frankreich und England 1 1/4 Millionen.

Inzwischen hat der unermüdliche polnische Außenminister Rapacki eine Erweiterung seines Planes über Entatomisierung Mitteleuropas vorgelegt. Wenn wir englischen Quellen glauben dürfen, ist es kein neuer Plan, sondern der ursprüngliche Plan, denn Rapacki hat sich von Anfang an gesagt, wenn wir schon in vier Ländern die Atomrüstung verbieten, dann müssen wir auch die konventionellen Rüstungen einander angleichen. Das ist dann in dem ersten Entwurf nicht enthalten gewesen, wie die Engländer behaupten, weil man in Moskau Einwendungen erhob. Ein sehr deutlicher Beweis dafür, daß dieser Plan aus Warschau stammt und nicht aus Moskau. Jetzt ist diese Ergänzung gekommen, nachdem offenbar Moskau zugestimmt hat, dem aus den verschiedensten Gründen ein Fortschritt auf diesem Gebiete sehr erwünscht ist. Dieser neue Vorschlag über die konventionellen Waffen zwischen Polen, Tschechoslowakei, DDR und Bundesrepublik ist bezeichnenderweise nicht

in einem der Ostblockstaaten verkündet worden, sondern in einem der Natostaaten, in Oslo. Freilich in einem jener Natostaaten, die beweisen, daß man Natomitglied sein kann, ohne fremde Besatzung zu haben und ohne selber atomare Aufrüstungsunternehmen zu tätigen. Der Rapackiplan hat schon in der ersten Fassung starke Beachtung bei vernünftigen Leuten in Bonn gefunden. Ich weiß von Gutachtern sowohl aus dem Verteidigungsministerium wie aus dem Auswärtigen Amt, die diesen Plan ziemlich wohlwollend behandelt haben. Man hat eine Weile gezögert mit der Antwort, bis dann Washington Nein sagte, und er wurde abgelehnt. Dasselbe hat sich wieder ereignet, nur ging es diesmal ein bißchen schneller. Man hat sofort, bevor man sich auch nur Gedanken machte, in Washington angefragt, und schon verkündete das „Bulletin“, daß Rapackis neues Kind ein totgeborenes Kind sei. Das heißt also ein Plan, der für die Bundesrepublik im gegenwärtigen Augenblick die Rettung bedeuten würde, wurde ohne ernsthafte Diskussion beiseite geschoben. Das war, wie ich glaube, die Situation, als die Initiative Moskaus in der Frage des Berlinstatus kam. Ich brauche nicht auszuführen, in welcher enger Verbindung die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik mit der Möglichkeit einer Wiedervereinigung steht. Es wird niemals ohne Krieg möglich sein, eine Wiedervereinigung herbeizuführen, wenn die Bundesrepublik nicht auf Atomwaffen verzichtet. Und zwar nicht nur deswegen, weil man sich dann nicht mit dem Osten verständigen kann, sondern auch, weil man sich dann nicht mit dem Westen verständigen kann. Der Westen wird niemals ein Gesamtdeutschland zulassen, das konventionell und zusätzlich noch atomar gerüstet ist. Man hat nicht nur im Osten Erfahrungen mit einem militärisch mächtigen Deutschland in zwei Weltkriegen gemacht. So schnell vergißt sich das nicht. Das haben die Leute noch nicht vergessen, die auf den Londoner Straßen unserem Bundespräsidenten nicht zugejubelt haben, sondern daran dachten, wieviele Männer starben in einem Krieg, den Hitler herbeigeführt hat. In Frankreich ist es ebenso, wenn auch die Franzosen uns gegenüber freundlich und charmant sind, denn sie verdanken uns doch mancherlei. Adenauers Frankreichpolitik war in der Beziehung recht kostspielig, aber auch erfolgreich. Aber ich kenne Frankreich zu gut, um nicht zu wissen; dort hat man keineswegs vergessen.

Die Atomaufrüstung hat durch die Moskauer Initiative eine ganz neue Aktualität erlangt. Ich sehe den Sinn dieser Initiative darin, daß man endlich an den Verhandlungstisch gehen muß. Die Amerikaner haben sich

sechs Jahre lang geweigert, mit Mao Tse Tung, mit dem Vertreter von 650 Millionen Chinesen, an den Verhandlungstisch zu gehen oder gar sie diplomatisch anzuerkennen oder gar ihnen einen Platz im Sicherheitsrat zu gewähren. In dieser Situation hat dann Mao Tse Tung eines Tages sich gewissermaßen hineingeschossen in den Kreis der großen Mächte, indem er das Bombardement auf Quemoy eröffnete. Sie wissen, seit geraumer Zeit verhandeln jetzt die Amerikaner mit den Chinesen, und das Ergebnis wird wohl, wenn nicht eine Anerkennung so eine Tolerierung und eine Annäherung sein. Nun, die Existenz eines Staatswesens, in dem 17 Millionen Deutsche wohnen, ist bisher offiziell von Bonn 9 Jahre lang geleugnet worden. Jetzt bleibt nichts anderes übrig, als das Gespräch zu beginnen. Nicht in der Form einer Anerkennung. Wir wollen ja gerade keine internationale diplomatische Anerkennung der beiden Teilstaaten untereinander, sondern wir wollen diese unglückseligen Gebilde überwinden zu Gunsten einer Gesamteinigung. Entscheidend ist, daß mit atomarer Aufrüstung nicht ein Schritt in der Richtung auf eine Verständigung über Berlin, geschweige denn auf eine Verständigung der beiden deutschen Teilstaaten möglich sein wird. Eine der fünf Fragen, die ich in Ostberlin Herrn Ulbricht gestellt habe, lautete: „Welches wären, nach Ihrer Meinung, die dringendsten Probleme, die von hüten und drüben besprochen werden müßten?“ Da nannte er an erster Stelle die atomare Aufrüstung, und da ist er bestimmt sehr ehrlich. Denn diese atomare Aufrüstung beunruhigt nicht nur den Westen und die Sowjetunion, sondern selbstverständlich auch die 17 Millionen Deutschen. Sie erinnern sich aus der Bundestagsdebatte vom 23.—25. März 1958, daß Leute wie Strauß und Jäger die Möglichkeit einer Atom-bombardierung von Städten in der DDR wie die selbstverständlichste Sache von der Welt nicht abgelehnt haben. Die Atomfrage zu eliminieren ist ein echtes Anliegen der Ulbricht-leute aber auch der anderen.

Ich habe einige Bekannte, die in der DDR leben und arbeiten, die haben auch Angst davor, obwohl sie Ulbricht nicht lieben.

Und wenn Sie Bekannte drüben haben, werden Sie genau dasselbe hören. Es ist ein echtes Anliegen, und wenn Herr Ulbricht auf Gespräche drängt, so bestimmt nicht nur, um eine Anerkennung zu bekommen. Das ist, wie sich der kleine Moritz Politik vorstellt.

Auch die Sowjets haben ein echtes Interesse daran, und ich möchte das noch einmal betonen, obwohl es den meisten von Ihnen eine Selbstverständlichkeit ist, daß für die Sowjets das Problem Mitteleuropa in erster Linie ein Sicherheitsproblem ist.

Zweimal haben die Russen in einer Generation vor der totalen Vernichtung gestanden durch eine deutsche

Wehrmacht, die jedesmal bis vor Moskau und vor Leningrad und in den Kaukasus hineinmarschiert ist. Ein drittes Mal möchte sie das nicht erleben. In diesem dritten Weltkriege würde Westdeutschland in einer militärischen Position sein, wie in keinem der Kriege vorher. Es hätte Bundesgenossen von ungeheurer Potenz, während es damals nur Italien, Österreich, Ungarn usw. waren. Also Mächte, militärisch gesehen, zweiten und dritten Ranges. Daß in einem solchen dritten Weltkriege Deutschland innerhalb von ein paar Stunden — und das müssen wir wohl Herrn Chruschtschow schon glauben, daß er da wohl die Wahrheit sagt — zu einem Atomfriedhof werden würde, das scheint Herr Strauß nicht zu sehen oder er hält sich an das Weißbuch der Engländer, wo geschrieben stand, daß im Falle eines Atomkrieges, der England betrifft, $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung umkäme. Überleben würden aber die Mannschaften der Atombatterien, denn die wären ja in atombombensicheren Bunkern untergebracht. Nun also, wenn Herr Strauß darauf rechnet, dann wird er vielleicht überleben, aber das deutsche Volk wird ausgelöscht sein.

Das sind apokalyptische Dinge, die aber zum Greifen nahe sind.

Durch die Massenvernichtungsmittel sind die Völker insgesamt tötbar geworden.

Also, die Frage der Sicherheit ist für die Sowjets ablosot ernsthaft, es ist keine Redensart. Ich behaupte auch, sie haben keinesfalls die Absicht, diesen sehr schwer verdaulichen Kontinent zu verspeisen. Sie müßten geradezu mit Blindheit geschlagen sein, so wie man das in Bonn ist, wenn man die Aktionsrichtung nach Westen sähe anstatt nach Asien hinein, denn dort sind riesige Räume, große Völker, die warten nur auf eine Parole, die sind bei sozialistischen Experimenten, die brauchen Anregungen, die brauchen Waren, die brauchen Ingenieure, Leute, die ausgebildet sind, um einen Staat in kurzer Zeit auf die Höhe zu bringen. Wie es früher in Rußland ausgesehen hat, daß wissen Sie. Jedenfalls ist es eindeutig, daß die Sowjets gegen ihre Interessen handeln würden, wenn sie dieses Mitteleuropa als Bolschewisierungszone aussuchen würden, und es gibt kein Kriterium dafür, daß sie diese Absicht haben, nicht ein einziges und das müßte man meines Erachtens der Öffentlichkeit immer wieder überall, in Vorträgen, in Aufsätzen, in Broschüren, in den Schulen, auf den Universitäten, vortragen. Es sind Tatsachen, es hat mit Propaganda nichts mehr zu tun, man kann es mit Zahlen belegen, daß die Sowjets diese Absicht nicht haben. Es ist ein geistiger Kampf, und in diesem Kampf wird der Westen unterliegen, wenn er nach wie vor glaubt, daß man diesen Kampf mit Atombomben siegreich bestehen könnte. Im Kreml sitzen keine Hitlers, keine Herostraten. Das hat Herr Adenauer selbst gesagt, und das will

doch etwas heißen. Und die Sowjetführer reden nicht nur davon, daß sie ihrem Volk einen höheren Lebensstandard geben wollen, sondern sie sind dabei, es zu tun, und sie stellen die Industrie auf die Konsumgüter-Industrie um. Das weiß jeder deutsche Kaufmann und Industrielle, der in den letzten Monaten drüben gewesen ist. Das heißt also, sie wollen wirklich das höchste Glück der größten Zahl, sie empfinden es als störend, wenn ein großer Teil der industriellen Kapazität von der Rüstungsproduktion aufgesogen wird. Sie sind in einer anderen Lage als die Amerikaner, deren Maschinen soviel Ware ausgespien haben, bis sie eines Tages keinen Absatz mehr fanden, und man deswegen einen anderen Absatz brauchte, andere Aufträge, Rüstungsaufträge. Ein Problem, das meines Erachtens einmal von einem wirtschaftlichen Fachmann umfassend und gut belegt mit Zahlen dargestellt werden sollte. Die Situation ist also prinzipiell verschieden. Die einen brauchen die Rüstungsindustrie, um eine funktionierende, florierende Wirtschaft zu haben, und die anderen können sie nicht brauchen, wenn sie das Volk auf den Lebensstandard führen wollen, den heute Amerikaner und andere westliche Länder haben.

(Aus Platzmangel vom Referenten gekürzt d. Redaktion)

US-Senator warnt

Genf. Der demokratische Senator und Vorsitzende des Abrüstungsausschusses des amerikanischen Senats, Hubert H. Humphrey, hat vor der internationalen Presse in Genf davor gewarnt, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Der Senator betonte, die Genfer Konferenzen hätten eine direkte Beziehung zur Berlin-Krise, zur Debatte der Vereinten Nationen über Weltraumfragen und zur Konferenz des Atlantikrates im Dezember, auf der die Frage der Aufrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen erörtert werden dürfte.

Humphrey, der an den Genfer Beratungen teilgenommen hat, gab den Vereinigten Staaten und Großbritannien den Rat, bevor sie sich zur Abgabe von Kernwaffen an die Bundesrepublik entschlossen, die möglichen politischen Folgen dieser Entscheidung zu bedenken. Humphrey nannte es wenig klug, ausgerechnet zu dem Zeitpunkt mit der Verteilung von Kernwaffen zu beginnen, an dem über die Einschränkung ihrer Verwendung verhandelt werde. Er wies außerdem darauf hin, daß auch Partner der atlantischen Allianz, vor allem Frankreich und die skandinavischen Länder, dem Vorhaben, die Truppen der Bundeswehr mit Kernwaffen zu versehen, negativ gegenüberstünden.

Der Senator ist im Anschluß an seinen Genfer Aufenthalt zu einem Besuch in die Sowjetunion gereist.

Herrn Frau Fräulein

Wedel/Holstein

Die Beschlüsse der Bundestagsmehrheit zur atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik und das Karlsruher Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben alle Atomgegner vor eine völlig neue Situation gestellt.

Nachdem das Land Schleswig-Holstein seinen Landesauschuß gebildet hat haben auch wir uns wieder mit neuer Kraft unserer Aufklärungsarbeit zu widmen. Da der Karlsruher Spruch die Äußerungsmöglichkeiten des Volkes deutscher Bundesländer einschränkt ist dieser Spruch auch ein schwerer Schlag gegen die Länder selbst. Leider sind auch wir verfassungsrechtlich gehalten, den Spruch des Verfassungsgerichts zu respektieren und zu befolgen. Damit sind aber unsere Besorgnisse gegenüber den zunehmenden Gefahren des Atomwettlaufes in keiner Weise verringert. Im Gegenteil: unsere Besorgnisse sind gewachsen, weil das Ventil der freien Meinungsäußerung im Rahmen einer Volksbefragung mit formalverfassungsrechtlichen Begründungen nicht mehr möglich ist. Das Volk kann seine Sorge und seine Verzweiflung nicht mehr bekanntgeben. Wir müssen deshalb hierzu unserer stärksten Beunruhigung Ausdruck geben.

Der geschäftsführende Vorstand ist deshalb der Meinung, nachdem wir uns nicht mehr für eine amtliche Volksbefragung einsetzen können, daß wir uns für eine parallel laufende Aufklärungsarbeit mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften einsetzen müssen. Jetzt beginnt die 2. Phase unseres Kampfes gegen die atomare Aufrüstung. Wenn wir auch zurückgedrängt sind in eine Art Stellungskrieg, so sollte der uns aber veranlassen zu einer zähen und geduligen Aufklärungsarbeit, zu einer schrittweisen Mobilisierung der noch Zweifelnden und Schwankenden, die nur noch darauf warten, von uns angesprochen zu werden.

Als Anlage dieses Schreibens finden Sie das „Gelsenkirchener Protokoll“, das wir zur Unterrichtung über die bisherige Arbeit der Atomausschüsse Deutschlands beifügen. Es soll das Rüstzeug werden für eine im kommenden Jahre — Ende Januar — Anfang Februar — vorgesehene Aufklärungsaktion, die ihren Anfang nimmt mit einem Aufklärungsfilm, der in den Uferlichtspielen aufgeführt werden soll. Außerdem wird ein beruener Vertreter der Wissenschaft zu unseren Freunden sprechen. Es ergeht rechtzeitige Mitteilung an alle diejenigen, die sich bei der konstituierenden Versammlung zur tätigen Arbeit bereit erklärt haben.

Für uns hat der Karlsruher Richterspruch nur formale Bedeutung. Er entbindet uns nicht von der Aufgabe, die wir uns gestellt haben: **unser Volk vor den Gefahren einer unsinnigen Atompolitik zu bewahren, die den Frieden nicht sichert, die die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes verhindert und die Gegensätze in der Welt zuspizt, statt sie zu entschärfen.**

Laßt uns den Helm fester binden.

Mit herzlichsten Weihnachtsgrüßen und guten Wünschen für das Jahr 1959

Der geschäftsführende Vorstand:

gez. JUNGBLUT gez. GAU gez. Dr. SCHEFFLER
 gez. SCHWARZ gez. Dr. MÜLLER gez. Dr. SCHUNCK gez. MÜLLER

J. G. Druck und Papier an Studentenkongreß

Sehr geehrte Herren!

Von einer Tagung zurückgekehrt, finde ich die Nachricht unter meiner Post vor, daß heute in Berlin der Studentenkongreß gegen Atomaufrüstung stattfindet. Gern hätte ich Ihnen zu diesem Kongreß ein Glückwunsch- bzw. ein Sympathietelegramm namens des Ortsvereins Neuwied der IG Druck und Papier übermittelt, wenn es nicht schon zu spät gewesen wäre. Ich darf dies aber noch auf diese Weise nachholen:

„Im Namen des Ortsvereins Neuwied der IG Druck und Papier, der sich im vorigen Jahre mit seinen etwa 300 Mitgliedern einmütig mit seinem gesamten Vorstand unter Leitung seines Vorsitzenden dem Aufruf der bekannten Professoren angeschlossen hat und durch seinen Vorsitzenden im Ständigen Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik vertreten ist, begrüßen wir Ihre Initiative, in Berlin einen „Stu-

dentenkongreß gegen Atomaufrüstung“ ins Leben gerufen zu haben. Wir hoffen, daß durch Ihre Aktivität der Widerstandskreis gegen das teuflische Vorhaben gewisser Atompolitiker, das deutsche Volk in unverantwortlicher Weise einem grauenvollen Untergang preiszugeben, neue Impulse gegeben werden. Wir wollen nicht noch einmal großmannsüchtigen Kraftmeiern und wahnsinnigen Kriegshetzern Gefolgschaft leisten. Wir wollen als freie und friedliebende Menschen im Geiste Albert Schweitzers über diesen hundertfach geschändeten Planeten gehen, damit wir vor der Geschichte bestehen können. In diesem Sinne alle unsere Sympathie, unser Wohlwollen und unsere Kameradschaft.“

Freundlichst

Industriegewerkschaft
 Druck und Papier
 Heinrich Störing
 Vorsitzender

Leserbriefe an die Redaktion des Kongreßdienstes

Ich hasse, verabscheue und verachte aufs tiefste Krieg, Waffenhandwerk, Militarismus und Aufrüstung (insbesondere atomare Aufrüstung) aller Art.

Ich hasse, verabscheue und verachte aufs tiefste jeden töricht überspitzten Nationalismus, jede nationalistisch überspitzte Politik und jegliche politische Hetze gegen andere Völker und Nationen, die von den Deutschen leider mit Vorliebe betrieben wird.

Ich bin seit meiner frühesten Jugend leidenschaftlicher, kompromißloser Pazifist und glaube fest daran, daß es, wenn es alle Regierungen und alle Menschen wirklich ehrlich anstreben, eine allgemeine Völkerverständigung und einen dauernden Völkerfrieden geben kann — vor allem durch die völkerverbindende, friedliche Macht des Geistes und der Wissenschaft, der Literatur, der schönen Künste und der Musik.

Aus diesem Grunde bringe ich von jeher auch den wirklich großen geistigen und künstlerischen Manifestationen anderer Völker Hochachtung und Verehrung entgegen; und in besonderem Maße den großen, genialen geistigen, künstlerischen und musikalischen Schöpfungen sowohl des alten Rußlands, wie auch der Sowjetunion in der Gegenwart.

Felix von Lepel
 Schriftsteller
 Berlin-Charlottenburg
 Otto-Suhr-Allee 87/III
 Hinterhaus

Für die uns übersandten Tonbänder von der Eröffnungstagung des STÄNDIGEN KONGRESSES danken wir Ihnen herzlich. Wir haben sie unserem Kreise vorgeführt und freuten uns, wie eindeutig sich alle Redner gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik ausgesprochen haben. Mit gleicher Post erhalten Sie alle vier Bänder wieder zurück.

Hierneben erhalten Sie zwei Hefte der Nr. 2 unserer HOREN, aus denen Sie unsere Haltung zur Frage der Wiederaufrüstung in Deutschland und der Welt ansehen können. Das außerdem beigefügte Heft Nr. 3 soll Ihnen zeigen, welche literarische Arbeit im übrigen hier von uns geleistet wird.

Nochmals herzlichen Dank für Übersendung der Bänder!

Es grüßt Sie hochachtungsvoll
 Lothar Gerhardt

Bekam dieser Tage das Gelsenkirchener Protokoll und bejahe den Einsatz gegen atomare Aufrüstung hundertprozentig.

Habe in meiner Auffassung 1954 einen Bericht gegen den Krieg geschrieben, vielleicht haben Sie Interesse, ihn in Ihrer Schrift herauszugeben.

Hochachtungsvoll /
 Margret Futh-Voss
 Malerin
 Fürsteneck bei Passau, Ndb.

Das beste Beispiel für andere Völker

Keine Atombewaffnung in Schweden

Der beratende Verteidigungsausschuß des schwedischen Parlaments hat erneut beschlossen, die atomare Bewaffnung der Landesstreitkräfte bis 1960 zu verschieben.

Wie der sozialdemokratische Ministerpräsident Erlander erklärte, ist zwar Schweden durchaus in der Lage, sich in kürzester Zeit eigene Atomwaffen zu schaffen. Angesichts der Lage, so begründete Erlander weiter, hält man es jedoch nicht für opportun, diesen Schritt jetzt zu erwägen. Man will vor allem die Abrüstungsbestrebungen und die erneuten Ausgleichsversuche des polnischen Außenministers Adam Rapacki nicht durch eine vorschnelle Entscheidung torpedieren.

Politische Beobachter in Stockholm sehen in dieser Erklärung einen ersten Erfolg der Verständigungsbemühungen Rapackis in Oslo.

Bereits zum Jahresanfang war ein Antrag der rechtsstehenden „Högerpartiet“ für atomare Bewaffnung des schwedischen Militärs von der weit aus größten Mehrheit des Parlaments abgelehnt worden. Besonders eine kleine Rechtsgruppe dieser Partei, die wesentliche Impulse ihrer Politik von den Militärs empfängt, setzte sich damals für den Plan ein. Mit der überwältigenden Mehrheit von 198 zu 10 Gegenstimmen wurde der Antrag aber abgelehnt. In der Argumentation der einzelnen Sprecher war deutlich spürbar, daß die große Mehrheit des schwedischen Volkes ebenfalls einen Beitritt zur NATO ablehnt.

Die Sozialdemokratin Thomsen sagte u. a.: „Gerade wir als neutrale Nation haben die tiefe Verpflichtung, nun und jetzt — da die Bundesrepublik Deutschland und sogar das klassische Land der Neutralität, die Schweiz, sich zu diesem schwerwiegenden Schritt entschließen, einen positiven Beitrag zur Entspannung zu leisten. Wir sind sicher, daß unsere Entscheidung das beste Beispiel für die anderen Völker sein könnte. 150 Jahre Frieden haben unserem Volk zu Wohlstand und Ansehen gereicht. Wir wollen daher versuchen, diese Friedenspolitik fortzusetzen und in diesem Zeitpunkt keinen Schritt zu tun, dessen Konsequenzen nicht zu übersehen sind. Deshalb lehnen wir es ab, unsere Truppen mit Atomwaffen auszurüsten sowie Stützpunkte anderer Mächte auf unserem Boden zu dulden.“

Nicht zuletzt war es gerade die hartnäckige Wiederaufrüstungspolitik in Westdeutschland, die es den schwedischen Militärs erneut erlaubte, auf Kernwaffen zu dringen. Unter deutlichen Hinweisen auf Westdeutschland konnte der Oberbefehlshaber Anfang September der Regierung Erlander

einen Vorschlag unterbreiten, in dem es hieß, ein „allgemeines stufenweises Ausrüsten mit Kernwaffen“ sei unerlässlich. Wörtlich hieß es: „Eine schwedische Atombombe könnte im Verlauf der nötig werdenden Erprobung durchaus zur Explosion gebracht werden.“ Die Öffentlichkeit, die Gewerkschaften (mit über 90 Prozent Mitglieder aller beschäftigten Angestellten und Arbeiter im Lande) und kirchliche Kreise, die dem westdeutschen Pastor Niemöller nahestehen, reagierten sofort mit massiven Protesten. Das mag dazu beigetragen haben, daß das Projekt „schwedische Atombombe“ sehr rasch von der Bildfläche wieder verschwand.

Auch Kompromißvorschläge, nach denen ein Ankauf von amerikanischem spaltbarem Material für militärische Zwecke erwogen wurde, wurden strikte verworfen.

Mehr und mehr scheinen auch die beiden der NATO angeschlossenen skandinavischen Staaten Dänemark und Norwegen „NATO-müde“ zu werden. Das norwegische Parlament und Außenminister Halvard Lange richteten in der gerade beendeten Storting-Debatte massive Angriffe gegen die USA-Politik. Außer der Rechtspartei in Norwegen stehen alle politischen Parteien des Landes hinter den Bemühungen der Regierung Gerhardsen, einen **Ausgleich mit dem Osten** zu suchen. Die Beratungen über den Rapacki-Plan nahmen in der außenpolitischen Debatte den weitaus größten Raum ein. Allgemein befürwortet die norwegische Öffentlichkeit die Bemühungen Langes, mit dem polnischen Außenminister Rapacki im Gespräch zu bleiben. Der Besuch Rapackis wird in Skandinavien vorwiegend als voller Erfolg angesehen. Die Verhandlungen zwischen Rapacki und Lange sollen fortgesetzt werden; der norwegische Außenminister wird Anfang nächsten Jahres nach Warschau reisen. Kontaktaufnahme zwischen Dänemark und Schweden einerseits und Polen andererseits stehen, wie es amtlich vom Außenministerium in Stockholm veröffentlicht wurde, unmittelbar bevor. Von seiten der norwegischen Sozialdemokraten wurde bekanntgegeben, daß man mit den Oppositionskräften in Westdeutschland ins Gespräch kommen möchte. Da man die forcierte Aufrüstung in der Bundesrepublik mit wachsender Besorgnis verfolgt, will man den Kampf der Opposition gegen die Regierung in Bonn stärken. T.O.

Im Namen seiner sieben Millionen Mitglieder wandte sich die Weltföderation der Lehrgewerkschaften mit folgendem Brief an die Delegierten der Genfer Atomkonferenz:

„Wir schreiben Ihnen im Namen der sieben Millionen Mitglieder der Weltföderation der Lehrgewerkschaften.

Unsere Föderation erfreut sich der Achtung und Sympathie einer großen Zahl von Lehrerorganisationen in allen Teilen der Welt und wir möchten Ihnen, während Sie in Genf tagen, mitteilen, für wie wichtig wir die Probleme erachten, die Sie jetzt diskutieren.

Unserer Ansicht nach sind die Einstellung der Kernwaffenversuche, das Verbot der Massenvernichtungswaffen und die Abrüstung die grundlegendsten Probleme. Sie bedingen nicht nur das Leben der Völker, sondern sind in unserer Erziehungsarbeit der Jugend entscheidend. Diese Erziehung benötigt eine Atmosphäre des Optimismus und des Vertrauens, in der junge Menschen das Gefühl haben, daß sie ihre schöpferischen Fähigkeiten in einer Welt, die sie umbilden werden, zum Einsatz bringen könnten.

Wie kann man erwarten, daß dies vollends möglich sei, wenn die Menschheit von fürchterlicher Zerstörung bedroht ist?

Im Namen von 7 Millionen Lehrern in aller Welt

Alle Völker der Welt verlangen den Bau von Schulen und Universitäten, das Recht für die Kinder, den höchstmöglichen Grad von Kultur zu erwerben, das Recht, alle menschlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, das Recht, alle Talente zum Ausdruck zu bringen.

Wie kann man erwarten, daß alle Schulen, die die Völker benötigen, gebaut werden, Lehrernachwuchs geschaffen und allgemein und beruflich ausgebildet wird, wenn immer größere Summen von den Rüstungsausgaben verschlungen werden?

Fast alle Erziehungsorganisationen in der ganzen Welt haben die gleichen wie die hier dargelegten Ziele. So steht zum Beispiel eine der größten Gewerkschaften, die japanische Lehrgewerkschaft, deren Mitglieder das traurige Privileg hatten, die Erfahrung mit der ersten Atombombe zu machen, seit langer Zeit an der Spitze dieses Kampfes.

Wir wollten Ihnen diese Gedanken im Namen von Lehrern zum Ausdruck bringen, die auf diesem wie auf vielen anderen Gebieten die Verantwortung haben, die Bestrebungen der Völker, von denen sie ein Teil sind, auszusprechen.“



Karl Ludwig Opitz: Sarkastische Bemerkungen

Deine Ehre heißt Treue!

Es war so weit.

Die erste Wasserstoff-Rakete war geplatzt. Und ich fuhr meinen Chef, seine hochzuverehrende Exzellenz zum entferntliegenden Flugplatz. Die Gattin und die lieben Kinderchen seiner hochzuverehrenden Exzellenz waren schon vor vier Wochen nach den Bahama's umgesiedelt, wo die Familie seiner hochzuverehrenden Exzellenz einen Landsitz ihr Eigen nennen darf.

Seine hochzuverehrende Exzellenz waren so gütig, mir beim Abschied wohlwollend zuzusprechen: „Also mein Lieber, nu lassen Sie sich mal von dem Geknalle nicht irre machen. Vertrauen Sie auf Gott!“

Ich bedankte mich bei seiner hochzuverehrenden Exzellenz für seinen gütigen Zuspruch. Ich gestattete mir, seiner hochzuverehrenden Exzellenz Gesundheit und Wohlergehen zu wünschen. Außerdem erlaubte ich mir, seiner hochzuverehrenden Exzellenz nachzuwinken, als sich die viermotorige Maschine vom heimatlichen Boden loslöste.

Dann fuhr ich heim, zu Frau und Kindern.

Bis zum Eintreffen weiterer Wasserstoff-Raketen beteten wir gemeinsam um die Wiederherstellung des Friedens.

Luftschützet euch mehr denn je!

Denn so mannigfaltig sind die Gefahren eines kommenden Krieges für Frieden und Freiheit, zum Schutze unseres geliebten Vaterlandes, und der angeschlossenen, echten Demokratie. Darum spreche ein jeder mit den Seinigen, beim erkennbaren Abwurf von Atombomben, beim Aufzucken der Kernspaltung, vertrauensvoll die Worte: „Heiliger Erzengel Michael, Schutzpatron des deutschen Volkes, wir danken dir von ganzem Herzen, daß du rechtzeitig dafür Sorge trugest,

daß die hohe Obrigkeit unserer wahrhaft christlichen Republik, in dieser Stunde der Not, in atombombensicheren Bunkern für den Fortbestand unserer geliebten Heimat wirken und befehlen kann. Möge ihr kostbares Leben in Gesundheit und Frische für alle erhalten bleiben, die dereinst ein schöneres und herrlicheres Deutschland bauen. Amen.“

Vergessen Sie nicht, vor Ihrem Dahinscheiden den Bolschewismus zu verfluchen, grüßen Sie im Geiste die tapferen Streiter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, und leben Sie fernerhin wohl; als radioaktives Partikelchen im ewigen All.

Immer nur Frieden

Die letzte Wasserstoffbombe war zerknallt. Und ich machte es mir gemütlich. Ich hockte vor dem Eingang einer Höhle im Hochgebirge. Still lag die zertrümmerte Welt zu meinen Füßen. Dunkle Staubwolken verfinsterten den Himmel. Auf den Wiesen und Feldern lag dicke, graue Asche. Nirgends zwitscherte ein Vogel oder muhte eine Kuh. Keine Mücke spielte im radioaktiven Wind. Kein Grashalm war zu sehen. Ich hielt ein schußfertiges Maschinengewehr auf meinen Knien; falls jemand kommen sollte, um meinen wohlverdienten Frieden zu stören. Aber es kam niemand. Es war sehr langweilig.

„Die Stimme Amerikas“

(1945)

Es gab einen grellen, weißen Blitz, der Himmel und Erde erleuchtete. Ein bläuliches Licht erschien, das flackerte und zuckte, ineinanderlief und zum schmelzenden Violett wurde. Ein zartes Orange kam auf. Duftig und leicht, wie ein Hauch. Gleich darauf kräftiger, klarer. Und dann stand er da, der Feuerball. Prächtig und riesengroß, bis zu den Wolken. Und er wurde immer größer und gewaltiger. Er schien in das Unendliche wachsen zu wollen.

Autokorso durch Düsseldorf

Durch die Straßen Düsseldorfs bewegte sich am Samstagnachmittag ein langer Autokorso. „Internationale der Kriegsdienstgegner“ und „Verband der Wehrdienstverweigerer“ hatten gerufen, um gegen Krieg und Atomrüstung zu demonstrieren. Eine bunte Vielfalt von Plakaten war an den Wagen angebracht. Darauf konnte man lesen: „Der Atomkrieg hat schon begonnen — verhandeln statt rüsten“, „Es gibt keinen Schutz vor Atombomben“, „Habt ihr schon vergessen? 1939 bis 1945“, „Krieg ist Massensterben — mit der Atomrüstung stopp“, „Schluß mit dem Atomwahnsinn“. Weitere Parolen galten dem Militärdienst: „Wer gegen sein Gewissen Soldat wird, ist feige“, „Wehrdienst ist Lehrdienst zum Töten — Volkstrauertag: Millionen Tote mahnen“. Auch die Frage wurde gestellt: „Wer verdient an der Rüstung?“

Aufschlußreich war der Text der Parolen, die keine Gnade vor den Augen der Polizei fanden:



Da, mit einem Ruck fiel er zusammen, in ein scheinbares Nichts —, aus dem ein Eisball schoß. Hinauf in die Stratosphäre, glitzernd im schneeigen Weiß, zart wie Watte, duftig und leicht. Ein ungeheures Glitzern und Funkeln im Blau der Unendlichkeit.

Wie Gott selber!

Wer denkt dabei nicht an das schmutzige Grau einer ordinären Granat-Explosion. Wie trostlos zerplatzt eine Mine. Dreckig, mit leblosem Feuer in einer schwarzen Wolke aus stinkendem Sprengstoff. Wie deprimierend, in diesem Staub und Dreck, und im Dunkel sterben zu müssen. Wie grauenvoll, aus dem Leben zu scheiden, ohne der Seele einen freundlichen Abschied zu geben.

Wie brutal und gemein!

Wie wundervoll dagegen, diese Symphonie der Farben, die trunkene Schönheit des Feuers. Unermeßlich in seiner Größe und Erhabenheit.

Beseelt von den Kräften des Atom-

Geschaffen für alle, die da sterben dürfen!

Herrlicher und schneller als jemals zuvor. Im Rausch des Erleben, im Trubel der Schönheit, eingehen in die Geschichte des Vaterlandes.

Welch ein Glück!

Und wem danken wir diesen Fortschritt im Dienste der Menschheit?

Den Vereinigten Staaten von Amerika!

Lasset uns beten: „Vater unser...“

47. Konferenz der Interparlamentarischen Union fordert Einstellung der Versuche

Die Einstellung der Versuche würde die Lösung des Abrüstungsproblems erleichtern

versichert die 47. Konferenz der Interparlamentarischen Union

In der am Ende ihrer Arbeiten angenommenen Erklärung nimmt die in Rio de Janeiro abgehaltene 47. Konferenz der Interparlamentarischen Union folgendermaßen zum Problem der Atomrüstung und der Kernwaffenversuche Stellung:

„Die 47. Interparlamentarische Konferenz

ist sich des gebieterischen Wunsches aller Völker bewußt, die ersten Streitfragen, die das Mißtrauen, die Angst und die Spannungen zwischen den Nationen steigern, ehrenhaft und dauernd geregelt zu sehen; ist der Ansicht, daß die ständige Anhäufung von Kern- und konventionellen Waffen eine ernste Gefahr für die Sicherheit und den Frieden darstellt;

stellt fest, daß die Fortführung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche alle Völker der Welt zutiefst beunruhigt;

ist der Ansicht, daß die Kernenergie zu ausschließlich friedlichen Zwecken entwickelt werden darf;

vertritt die Auffassung, daß es notwendig und dringlich ist, alle für die Gesundheit und das Leben der Menschen schädlichen Folgen der Atom- und Kernwaffenversuche auszuschalten;

betont, daß die Parlamente der verschiedenen Staaten und die gesamte Interparlamentarische Union eine große Verantwortung für die Zukunft der Menschheit tragen;

weist auf die Entschliebung hin, die von der 1956 in Bangkok abgehalte-

nen Konferenz der 45. Interparlamentarischen Union einstimmig angenommen wurde;

bringt neuerlich die Überzeugung zum Ausdruck, daß bis zum Abschluß einer allgemeinen Konvention über die Abrüstung, die Maßnahmen für eine konventionelle und nukleare Abrüstung sowie die Herabsetzung der Streitkräfte verbunden mit einer wirklichen Kontrolle internationalen Charakters, die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit konzentriert werden sollte, sich über die erste Phase eines international kontrollierten Abrüstungsabkommens, das im kürzesten Zeitraum in Kraft treten müßte, zu einigen;

bedauert zutiefst, daß kein bei der 12. Ordentlichen Tagung der Vereinten Nationen vorgelegter Antrag, der mit dieser Auffassung im Einklang stehende Vorschläge enthielt, einstimmige Unterstützung genoß;

ist sich bewußt, daß die Einstellung der Kernexplosionen eine Verlangsamung des Wettrüstens hervorrufen und die Lösung des gesamten Abrüstungsproblems erleichtern würde;

richtet daher einen dringenden Appell an alle in der Union vertretenen Parlamente, ihren Regierungen so energisch wie möglich die Notwendigkeit einer rasch zu unternehmenden Aktion vor Augen zu führen, damit die Abrüstungsverhandlungen vorzugsweise im Rahmen der Vereinten Nationen wieder aufgenommen werden und damit eines der dringlichsten Ziele dieser Verhandlungen, die Einstellung der Kernwaffenversuche, unter geeigneter internationaler Kontrolle unverzüglich gesichert wird.“



Obering. Erich Ritter

Oberingenieur Erich Ritter, Baden-Baden, teilte mit, daß der Redaktion des „Kongreßdienstes“ wohl im Heft Nr. 5 ein Irrtum unterlaufen sei.

In einem Artikel von ihm sei das Foto von Erich Kästner veröffentlicht worden, statt seines eigenen.

Wir haben Herrn Ritter schon mitgeteilt, daß kein Irrtum vorliegt. Aus technischen Gründen, und weil kein Foto von Herrn Ritter vorlag, haben wir den auf dieser Seite freien Platz durch das vorhandene Bild von Herrn Kästner ausgefüllt, entsprechend unserem Bestreben, allen Atomwaffengegnern die bekannten Persönlichkeiten in der Antiatomwaffenbewegung im Bild vorzustellen. Da uns Herr Ritter nunmehr sein Foto übermittelt hat, bringen wir es gern, da es sich hier um einen unermüdeten Streiter in unserer gemeinsamen Sache handelt. Herr Ritter ist u. a. bekannt geworden durch seine Broschüre „Atomkraft — Segen oder Fluch“, die von der Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik herausgegeben wurde.

Göttingen weiterhin tätig

„Kampf dem Atomtod“ Göttingen

An die Unterzeichner unseres Aufrufs:

„Verzichtet auf Atomwaffen!

Beginnt im eignen Land!“

Nach der Sommerpause haben wir die aufklärende Vortragsarbeit am 10. November wieder aufgenommen. Da der damals angekündigte Vortragende, Pfarrer Dr. BERGER, Frankfurt, plötzlich erkrankte, wurde anstelle des Berichts über die Studienreise einer Frankfurter Delegation nach Hiroshima der ursprünglich, schon im Juli, für den Auftakt im November vorgesehene Vortrag des im September unerwartet verstorbenen Präsidenten der Niedersächsischen Klosterkammer, Staatssekretär Dr. BOJUNGA nach dem zur Verfügung stehenden Manuskript verlesen.

Wir laden Sie heute ein zu einem von einem anderen Mitglied der Frankfurter Delegation zugesagten Vortrag:

Pfarrer KRATZ — Offenbach spricht am Donnerstag, dem 11. Dezember, um 20 Uhr, in der Aula des Gymnasiums (Theaterpl.) über „HIROSHIMA — Reiseindrücke und Folgerungen“

Im Anschluß wird der Kurzfilm: „Schlüssel zur Hölle“ gezeigt werden.

Halten Sie sich den Abend frei und bringen Sie Ihre Arbeitskollegen und Bekannten mit!

Kampf dem Atomtod, Göttingen

Verzichtet auf Atomwaffen! Beginnt im eigenen Land!

MIT DER BUNDESREGIERUNG sind wir der Auffassung, daß in aller Welt atomar ABGERÜSTET werden muß.

ENTGEGEN DER BUNDESREGIERUNG sind wir der Auffassung, daß in Deutschland mit der atomaren AUFRÜSTUNG gar nicht erst BEGONNEN werden darf.

WIR FORDERN, daß der Bundestag seinen Atomrüstungs-Beschluß vom 23. März 1958 RUCKGÄNGIG macht.

Tausende Frauen und Männer in unserer Stadt teilen unsere Auffassung. Schließen auch Sie sich unserer Forderung an, UNTERZEICHNEN AUCH SIE unseren Aufruf vom 7. Mai 1958!

FÜR DEN ARBEITSKREIS »KAMPF DEM ATOMTOD« GÖTTINGEN

Professor D. Dr. W. TRILLHAAS
Studienrat MANFRIED BUTTNER

Professor D. ERNST WOLF
Dr. ELISABETH HEIMPEL

BITTE WENDEN!

„Göttingen weiterhin tätig“

Seit dem Sommer haben die Bemühungen um atomare Bewaffnung der Bundesrepublik bekanntlich Fortschritte gemacht. Aber in noch höherem Maße sind — was weithin unterdrückt wird — die warnenden Stimmen der Biologen, Mediziner, Physiker und auch von Militärfachleuten laut geworden. Eine Anzahl der zur Beruhigung vorgebrachten Gründe, vor allem die Lehre von der sog. gestuften Abschreckung, sind bereits wieder von den Verteidigern der Atomwaffe aufgegeben oder zumindest stark eingeschränkt worden. Hingegen haben die Gründe für die Ablehnung der Atomwaffen erheblich an Gewicht gewonnen. — Betriebsabstimmungen im Industriegebiet weisen durchschnittlich 90 Prozent Nein-Stimmen auf!

Das sagt uns: die Arbeit unseres Arbeitskreises muß fortgeführt werden, obwohl einer unmittelbaren Auswirkung auf eine verfassungsmäßige Volksbefragung (wie sie jetzt z.B. in der Schweiz gefordert wird), heute rechtlich keine Möglichkeit geboten ist. Wir dürfen nicht durch Schweigen und Resignieren uns selbst an einer einschläfernden Beruhigungspropaganda beteiligen. Nicht bloß Gefühl und Stimmung, sondern Kenntnisse und Argumente müssen unser Nein bestimmen. Darum wollen wir die aufklärende Vortragsarbeit fortsetzen. Dazu bedarf es aber geldlicher Mittel.

Ihre Zuwendungen und Opfer haben die bisherige Arbeit ermöglicht. Wir haben diese Gelder mit aller Sorgfalt bestimmungsmäßig verwendet. Ein neuer öffentlicher Aufruf zu Spenden ist uns verwehrt, nachdem die Sammelerlaubnis Mitte August abgelaufen ist und zunächst nicht verlängert wurde. Spenden aus dem Kreis der Unterzeichner sind aber jederzeit zulässig und rechtlich nicht anfechtbar. Daher wenden wir uns heute mit der Bitte an Sie, uns wieder durch Spenden zu unterstützen und uns bei der geplanten Weiterarbeit zu helfen. Auch kleine und kleinste Beträge können auf unser Konto eingezahlt werden.

Ihre mit der Unterschrift unter unseren Aufruf bekundete Entschlossenheit zur Mitverantwortung dafür, unser Land aus den Fesseln atomarer Militärpolitik herauszuhalten, Ihre bewußte und begründete Ablehnung der schon im Vorbereitungsstadium das menschliche Leben allenthalben bedrohenden Atomwaffen lassen uns hoffen, daß Sie unseren Willen zur Weiterarbeit innerhalb der jeweils vorhandenen Möglichkeit gutheißen und die Arbeit selbst durch Ihre Unterstützung fördern werden.

Für den Arbeitsausschuß

Prof. D. Dr. Wolfgang TRILLHAAS

Studienrat Manfred BUTTNER

Prof. D. Ernst WOLF

Dr. Peter von OERTZEN, MdL

Volksabstimmung - unabdingbares Recht

Die Gegner einer Befragung des Volkes über die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik behaupten, das Grundgesetz der Bundesrepublik lasse eine Volksbefragung nicht zu. Sie meinen, das Volk sei nur befragt, alle vier Jahre den Bundestag zu wählen und nur in dem besonderen Fall, daß Ländergrenzen geändert werden sollen, seinen Willen zu bekunden. Das Grundgesetz weise dem Bundestag allein und ausschließlich das Recht der Gesetzgebung zu. Eine Beeinflussung des Bundestages von außen her störe das System der staatlichen Willensbildung, wie es in der Verfassung festgelegt sei.

Dazu ist zunächst zu sagen, daß eine Volksabstimmung das alleinige Recht des Bundestages zum Erlaß formeller Gesetze überhaupt nicht infrage stellt. Der in einer Befragung des Volkes ermittelte Wille des Volkes soll nicht irgendwie Gesetz werden, sondern auf dem in der Verfassung festgelegten Weg, nämlich durch ein Gesetz des Bundestages.

Aber es soll eben der Wille des Volkes Gesetz werden, nicht der Wille einer Minderheit, die irgendwie die Mehrheit der Abgeordneten gewonnen hat.

Die Möglichkeit, daß der Wille des Parlaments vom Willen des Volkes abweicht und diesem sogar widerspricht, wird von den Staatsrechtlern im allgemeinen anerkannt. So lange sich im Volk kein Widerspruch gegen Gesetze des Parlaments erhebt, kann man die stillschweigende Zustimmung des Volkes annehmen. Geht aber, wie im Falle der atomaren Rüstung, ein Sturm des Widerspruchs durch das ganze Volk, dann ist die Volksbefragung das geeignetste Mittel zu klären, was die Mehrheit des Volkes tatsächlich will. Nach diesem Willen hat sich das Parlament dann zu richten. Das ist die einfache Logik der Demokratie, so lange es demokratisches Denken überhaupt gibt.

Dem kann auch nicht entgegengehalten werden, daß die Abgeordneten des Bundestages unabhängig und nicht an Aufträge der Wähler gebunden sind (Art. 38 GG). Diese Bestimmung entspringt der Vorstellung, daß die Abgeordneten das Interesse des gesamten Volkes vertreten sollen und nicht das einer Gruppe von Wählern. Außerdem steht diese Bestimmung im Range unter dem die ganze Verfassung beherrschenden Grundsatz der Volkssouveränität. Im Artikel 20 GG heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Man kann deshalb die Bestimmung des Artikel 38 GG nicht so auslegen, daß das Parlament in seiner Gesamtheit unabhängig vom Volk und im Gegensatz zu ihm entscheiden darf.

Dementsprechend sieht das Grundgesetz eine Reihe von Einflußmöglich-

keiten des Volkes über die Wahl hinaus vor.

Im Artikel 21 GG heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Die ausdrückliche Nennung der Parteien hebt diese unter den anderen Möglichkeiten hervor. Jeder Bürger verfügt darüber hinaus über die Grundrechte, die nicht nur dem Schutze des Bürgers vor der Staatsgewalt dienen, sondern auch jedem Bürger ermöglichen sollen, an den öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen. Dies alles zeigt, daß der Bürger nach der Verfassung einen rechtlichen Anspruch auf aktive Mitwirkung im Staate hat. Bei diesem System der Verfassung zu behaupten, es widerspreche ihr, durch eine Volksbefragung dem Parlament nachdrücklich den Willen des Volkes zur Kenntnis zu bringen, ist absoluter Unsinn. Das Grundgesetz sieht lediglich nicht vor, daß der Volkswille direkt Gesetz wird, d. h. daß das Ergebnis der Volksabstimmung verbindlich ist. Es kann aber auf der anderen Seite von einer allgemeinen Pflicht des Parlaments gesprochen werden, im Zweifelsfalle, zumindest wenn es um Schicksalsfragen geht, das Volk zu befragen.

Dieses grundsätzliche Problem wurde von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 1958, welche die Gesetze über Volksbefragung der Länder Hamburg und Bremen für verfassungswidrig erklärt, in keiner Weise berührt. Dasselbe gilt für die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen das Land Hessen, welche einen Verstoß gegen die Bundestreue dieses Landes feststellt, weil es die Volksbefragung in seinen Gemeinden nicht unterbunden hat.

Das Bundesverfassungsgericht stellt lediglich fest, daß die Art und Weise der Befragungen des Volkes wie sie in den Ländern Hamburg und Bremen durchgeführt werden sollte, das Volk zum handelnden Staatsorgan gemacht hätte, d. h. seiner Entscheidung eine gewisse Verbindlichkeit gegeben hätte. Deshalb, so sagt das Bundesverfassungsgericht, müßten die Zuständigkeitsregeln angewendet werden. Angelegenheiten der Verteidigung aber gehörten in die Zuständigkeit des Bundes und die Ländergesetze über Volksbefragung in Hamburg und Bremen seien wegen Verstoß gegen die Zuständigkeitsregeln nichtig.

Eine Volksbefragung im Bundesmaßstab bleibt demnach rechtlich nach wie vor zulässig. Indirekt bringt das Bundesverfassungsgericht dies sogar zum Ausdruck, indem es anerkennt, daß das Volk nach der Verfassung durchaus einen verbindlichen staatlichen Willen bilden kann. Damit wird die Voraussetzung einer Volksbefragung bejaht.

Fortsetzung von Seite 13

Ebenso wird das Recht, irgendwelcher Gruppen oder Verbände, wie der Gewerkschaften oder der Parteien, oder sonstiger Vereinigungen, ihre Mitglieder zu befragen, oder eine öffentliche Umfrage zu halten, in keiner Weise berührt. Eine solche informatorische Befragung kann auch ohne Verstoß gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auf Landesebene oder örtlich stattfinden. Das Bundesverfassungsgericht sagt ausdrücklich in den oben genannten Entscheidungen, daß man, was die Volksbefragungs-Gesetze in Hamburg und Bremen betrifft, nicht von einer in-

formatorischen Befragung sprechen könnte. Eine informatorische Befragung sieht das Bundesverfassungsgericht offensichtlich als nicht unter die Zuständigkeits-Regeln fallend an. Daraus ergibt sich, daß eine informatorische Umfrage, die nicht das Merkmal einer Wahl trägt, insbesondere nicht von staatlichen Organen organisiert wird, auf alle Fälle und in jedem Umfang zulässig bleibt.

Diese Möglichkeiten sollten die Gegner der atomaren Bewaffnung im Interesse der Zukunft unseres Volkes nicht ungenützt lassen. Wenn z. B. die überwiegende Mehrheit der Mitglie-

der der Gewerkschaften, oder zahlreiche Belegschaften großer Betriebe, oder selbst wenn einzelne Bürger öffentlich ihre Ablehnung zur atomaren Aufrüstung bekunden, so können Regierung und Bundestag nicht darüber hinweggehen. Auch die Sammlung von Unterschriften gegen die Atombewaffnung und deren Übergabe an den Bundestag in Form von Petitionen ist ein zulässiges und wirksames Mittel, Verteidigungsminister Strauß und seinen Freunden klar zu machen, daß sie gegen den Willen des Volkes und damit rechtswidrig handeln. R.S.

Eine Welt ohne Krieg

Ein wichtiges Buch von Prof. Bernal

„Dieses Buch ist eine Auseinandersetzung und eine Mahnung“, schreibt C. P. Snow im „New Statesman“ am 15. November über Professor J. D. Bernal's Buch „Eine Welt ohne Krieg“.

Sir Charles Percy Snow, selbst ein Wissenschaftler, wissenschaftlicher und technischer Berater der Regierung und Schriftsteller, erklärt, daß Bernal „wahrscheinlich zu den größten lebenden Gelehrten zählt“ und setzt fort:

„Ich bin in meinem Leben noch niemandem begegnet, der seinen Mitmenschen so leidenschaftlich oder mit größerem Wissen und Phantasie von einigem Nutzen sein wollte. Wenn ich ‚Nutzen‘ sage, meine ich nichts Anspruchsvolles, sondern einfach, daß er mit einer Gefühlsreife, die die meisten von uns nur für unsere Familie und Freunde empfinden, erkennt, daß Hunderte Millionen Menschen von physischem Leid, Hunger und frühzeitigem Tod befreit werden können, wenn nur ein Mindestmaß an Vernunft, wissenschaftlichem Denken und gutem Willen vorhanden wäre. Er leidet darunter, daß er nicht imstande gewesen ist, dies herbeizuführen. Deshalb ist sein Buch ein persönliches Vermächtnis.“

Im ersten Augenblick macht es allerdings nicht den Eindruck eines persönlichen Vermächtnisses. Es ist eine mit den letzten statistischen Daten ausgestattete Analyse der drei vor den Menschen stehenden Hauptprobleme:

1. die Gefahr des Atomkrieges;
2. die wachsenden Besitzunterschiede (i. e. Lebensdauer, Gesundheit und Befreiung von Hunger) zwischen den industrialisierten und den übrigen Ländern;
3. Die Zunahme der Weltbevölkerung.

Diese drei Probleme hängen eng miteinander zusammen und Bernal widmet vor allem dem zweiten seine ganze Geisteskraft.

Bernal argumentiert mit wissenschaftlicher Überlegung, daß diese elementaren Bedürfnisse der ganzen Menschheit in ganz kurzer Zeit erfüllt

werden könnten, vorausgesetzt, daß eine Pause im Kalten Krieg eintritt. Es gäbe also keine technischen Gründe, warum die meisten Asiaten und Afrikaner bis zum Ende des Jahrhunderts nicht so leben könnten wie derzeit die meisten Westeuropäer. Um dies zu erreichen, gibt es nur einen Weg: Der Westen muß bei einer gigantischen, weltweiten Industrialisierung behilflich sein und die wissenschaftliche industrielle Revolution — das heißt die Atomenergie und die Automation — voll zum Einsatz bringen. Auf die eine oder andere Weise wird das geschehen; wenn nicht mit gutem Willen und mit Güte, dann durch Kriege und Revolutionen. Nur durch die Industrialisierung können die Benachteiligten, die Armen Indiens und Afrikas, deren Lebenserwartung die Hälfte unserer beträgt, in den Besitz der primären Existenzmittel gelangen.

Diese Feststellung ist unumstößlich. Heute wie eh und je ist die Industrialisierung die einzige Hoffnung der Armen. Gerade der Mangel der Einsicht dieser Erkenntnis macht einen großen Teil unserer zeitgenössischen künstlerischen Kultur unrecht, gehaltlos und, auf weitere Sicht, vom Menschlichen abgekehrt. Deshalb bitte ich die Männer... die versuchen, den Begriff dessen, was ‚Kultur‘ sein soll, umzudenken, Bernal's Buch zu lesen.

Bezüglich Bernal's Hauptargument hege ich keinen Zweifel“, schreibt C. P. Snow und obwohl er die Meinung vertritt, daß Bernal die einer großangelegten Organisation innewohnenden Schwierigkeiten unterschätzt, gibt er zu, daß es sich dabei um eine weitere Gruppe von Problemen handelt, die in Angriff genommen werden müssen.

„Wichtig ist“, stellt C. P. Snow fest, „daß wir es hier mit einem Buch zu tun haben, das eine Stellungnahme und eine Mahnung ist.“

Professor Bernal's Buch erhielt auch von Mervyn Jones in der „Tribune“ vom 28. November eine sehr gute Re-

zension mit der Überschrift: „Der Kalte Krieg hat 110 Millionen Leben gekostet — Wieviele sollen noch in den nächsten zehn Jahren verloren werden?“

„Das Buch ist eine ruhmreiche Leistung Professor Bernal's“, schreibt Mervyn Jones, „wenn man bedenkt, daß er es ohne einen großen Stab von Mitarbeitern und ohne Unterstützung eines über große Mittel verfügenden Instituts in den Pausen zwischen seinen verschiedenen Obliegenheiten und im Wettlauf mit den Ereignissen der gefährlichen Weltsituation geschrieben hat. Das große in seinem Buch enthaltene Informationsmaterial ist an sich schon wertvoll genug, noch wichtiger aber ist die Form, die er dem Buch gegeben hat.“

Bernal ist, wie jeder, der einiges Interesse an der Wissenschaft hat, weiß, einer der bemerkenswertesten Männer unserer Zeit. Enge Spezialisierung, die sogar die größten Köpfe hemmt, ist eine Beschwernis der modernen Wissenschaft; Bernal aber kann das Wesentliche aller Wissenszweige erfassen und erklären und die Punkte feststellen, an denen sie sich überschneiden.

Mit gleichem Selbstvertrauen befaßt er sich mit dem zweiseitigen Einfluß der wissenschaftlichen Entdeckung und der politischen und wirtschaftlichen Entscheidung.

„Die Lehren, die uns das Buch vermittelt“, schreibt Mervyn Jones, „sind die folgenden: Das sich beschleunigende Tempo des wissenschaftlichen Fortschritts und seine deutlich erkennbare unbeschränkte Zukunft; die gebieterische Notwendigkeit der Planung der menschlichen Angelegenheiten, wenn der Fortschritt genützt werden soll; die Dringlichkeit der Abschaffung des Krieges; die Notwendigkeit der nationalen Souveränität; der zentrale Platz der Erziehung im Leben der Zukunft.“

Mervyn Jones erachtet das Kapitel X des Buches „Erziehung und Forschung für die neue Welt“ als so anregend, daß es eine Diskussion in

Fortsetzung von Seite 14

einem weiteren Artikel verdienen würde. Das Buch als Gesamtheit betrachtet er als so wichtig, daß „ehrlich gesagt niemand für das Parlament kandidieren sollte, der es nicht gelesen hat.“

„Wenn Professor Bernal“, setzt er fort, „uns sagt, daß der — durch die Wissenschaft möglich gemachten — Umwandlung der Welt und des menschlichen Lebens keine Grenze gesetzt werden kann, so ergeht er sich dabei nicht in Utopien oder Mutmaßungen. Er schließt ganz richtig auf Grund der dramatisch ansteigenden Kurve der Entdeckungen in diesem Jahrhundert. Im allgemeinen geht er nur von der ungehinderten Anwendung des bereits erworbenen Wissens aus.“

Warum, fragt er, ist das Leben im Irak ärmer als das in Kalifornien? Beide Länder haben die gleichen Aktiva: Sonne, Wasser und Erdöl...

Wenn der Lebensstandard in einem dieser Gebiete der höchste und in dem anderen dem niedrigsten in der Welt am nächsten ist, so sind, soweit es die Wissenschaft betrifft, die Gründe rein künstliche. Das heißt, sie sind rasch zu beseitigen...

„Der Reichtum, der uns jetzt durch

die Anwendung der uns bereits bekannten wissenschaftlichen Kenntnisse zur Verfügung stehen könnte“, schreibt Bernal, „ist weitaus größer als alles, was durch die Eroberung der fruchtbarsten Gebiete erreicht werden könnte.“

Mervyn Jones umreißt Bernals Pläne für die Bewässerung von Wüsten, für die Pflanzenzucht und für die Pflege von Nutztieren, was die Lebensmittelproduktion in die Höhe schnellen könnte, für die Schaffung neuer Industriegebiete mit Hilfe der Atomenergie und Automation, für die Erforschung unbekannter Quellen des Reichtums und die Erfindung neuer Stoffe mittels der modernen Chemie. „Dies — und noch viel mehr —“, schreibt Mervyn Jones, „fügt sich zu der erregenden Perspektive einer neuen Auffassung der Freiheit, nicht nur in längeren Mußestunden, sondern auch in der Arbeit selbst. Unqualifizierte Arbeit kann zu unseren Lebzeiten abgeschafft werden. Wir werden vielleicht sehen,“ sagt Bernal voraus, „daß fast die Hälfte der Bevölkerung im zukunftsstrebenden Arbeitsprozeß menschlicher Tätigkeit stehen wird, nämlich in der wissenschaftlichen Forschung, der Kunst und Erziehung.“

zuschalten.

Noch vor kurzem hat Pablo Casals, der größte lebende Meister des Cello, in einer Ansprache vor den Vereinten Nationen in New York die Verwendung von Atombomben gebrandmarkt. Albert Schweitzer hat seinem alten Freunde für diese mutige Tat gedankt. Sie war eine Entscheidung der Wahrheit, stellvertretend für die Meinung und das Schicksal von Millionen Namenloser, die wieder in Gefahr sind, das Opfer einer Aufrüstungspolitik von unvorstellbar tödlicher Bedrohung für die Menschheit zu werden. Es war die Stimme des Gewissens, die in den Wirrsalen unserer Zeit nach der Lebenswahrheit tastet.

Paragraphen, völkerrechtliche Verträge, juristische Institutionen, wie es die Haager Friedenskonferenzen und der Völkerbund waren und wie es heute die Friedensorganisationen der UNO ist, sie allein können das Friedensproblem nicht lösen. Der einzelne ist aufgerufen, aus ethischer Gesinnung und Verantwortlichkeit den Krieg zu verwerfen, weil er uns der Unmenschlichkeit schuldig werden läßt.

Wir sind noch weit entfernt davon, die Dinge rein menschlich zu sehen und zu begründen. Das beweist gerade die öffentliche Verfemung Albert Schweitzers zu einem „Politikum“. Seine Stimme soll vor dem Tribunal der Macht zum Schweigen gebracht werden. Aber auch die selbstherrlichen Techniker der Macht haben inzwischen eingesehen, daß die von der Ethik geforderte Entscheidung, jede Art von Krieg als unmoralisch zu verwerfen, das unüberhörbare Gewissen der Weltöffentlichkeit repräsentiert.

Diese Gewißheit ist stärker als alle Drohungen, durch die man neuerdings versucht, Albert Schweitzer die Subventionen zu entziehen, auf die sein Lebenswerk in Lambarene heute mehr denn je angewiesen ist. Nachsichtig wird er lächeln über den Schildbürgerstreich, den ihm die Bürger von Eschwege zugedacht haben. Als kürzlich eine neu erbaute Schule seinen Namen erhalten sollte, wehrten sie entrüstet ab, weil seine Haltung in politischen Dingen keineswegs als vorbildlich anzusehen sei. Auch gewisse Kreise der Kirche scheuen sich nicht, ihn als „Panikmacher“ zu verdächtigen und seine ethisch-humanitären Bestrebungen als Kult ohne Echo herabzusetzen.

Das Leben und Denken Albert Schweitzers ist Ausdruck und Hoffnung einer neuen Friedensliebe unter den Menschen geworden. Möge sie die Geister für den Frieden mobilisieren im Bewußtsein, daß wir alle miteinander Menschen und Brüder sind, in der Gesinnung, die die Ehrfurcht vor dem Leben zur Macht bringt: sie ist das Licht in der Finsternis!

Dr. Gunther Hein

Wer hat das wohl gesagt?

Auflösung des Rätsels von Seite 3
Dr. Adenauer am 29. Dezember 1946.
(Veröffentlicht in der „Rheinischen Post“ (CDU) vom 30. Dezember 1946.)

Ehrfurcht vor dem Leben

zum 83. Geburtstag Albert Schweitzers

Am 14. Januar ist Albert Schweitzer 83 Jahre alt geworden. Die Besten der Erde werden seiner an diesem Tage gedenken. Wir verehren in ihm den Abenteurer der Menschenliebe, den ethischen Vorkämpfer für den Frieden der Welt. Staunend stehen wir vor der ungebrochenen Schaffenskraft dieses Mannes, der sich ein Leben lang im Dienste der Barmherzigkeit verzehrte und als bescheidener Diener Gottes und der Menschen ein Weltreich der Herzen eroberte.

Sein Weg, sein Leben und Wirken steht im Zeichen eines tragischen Jahrhunderts der Kriege und der Umwertung aller Werte. Die fast übermenschliche Sorge und Verantwortung, die seit Jahrzehnten auf ihm lastet, hat seinen Glauben an den Menschen nicht erschüttert. Er ist dankbar, daß er nach vier rastlos körperliche und geistige Arbeit leisten darf, ohne mit seinen Kräften haushalten zu müssen. „Als Wirkende und Leidende“, schrieb er vor 30 Jahren in einem Epilog auf sein Leben, „haben wir ja die Kräfte von Menschen zu bewahren, die zum Frieden hindurchgedrungen sind, der viel höher ist als alle Vernunft!“

Diese Worte, von der Patina eines Menschenalters angetönt, aber unverblaßt in ihrer Wirkung auf die Gegenwart, sind wie die Mahnrufe eines Sehers in der Wüste. Nie hat sich Albert Schweitzer von der Nötigung befreit, die Ehrfurcht vor dem Leben als höchste Wahrheit zu lehren und die

Gesinnung zum Frieden als ein absolut gültiges Gebot der Moral für die Menschheit zu fordern.

Ethische Gesinnung kann nur der einzelne verwirklichen. Versuche, den Staat zu humanisieren, haben bisher wenig Erfolg gezeigt. Deshalb richten sich die Appelle Albert Schweitzers an jeden einzelnen von uns, damit wir die Probleme auf eine elementare, nicht bloß politische Weise erkennen und zu lösen versuchen. So viel ist ihm gewiß, daß die meisten unter uns den Frieden lieben und wollen. Aber durch die Schuld menschlichen Fehlens und Irrs haben wir uns den Weg dahin verbaut und das eigentliche Ziel immer wieder aus den Augen verloren. Nie wird es uns gelingen, diese Schuld zu sühnen, wenn wir uns nicht stark machen, die Probleme dieser Welt in unbestechlicher Wahrhaftigkeit gegen uns selbst und im Geiste friedlichen Einvernehmens miteinander zu lösen. Die innere Bereitschaft zu klärender Aussprache ist die erste Voraussetzung für ein gegenseitiges Verstehen wie unter den Völkern. Sind wir bereit die Gesinnung auch bei den Angehörigen anderer Völker vorauszusetzen, dann werden wir auch fähig, das Mißtrauen allmählich zu überwinden und eine Verständigung auf lange Sicht herbeizuführen. Ungeachtet aller politischen Schwierigkeiten muß sich die Menschheit die Aufgabe stellen, alle zukünftigen Kriege und jedes Risiko, das eine potentielle Bedrohung des Friedens darstellt, aus-

Zur Vorbereitung der zweiten Plenartagung

Die zweite Plenartagung des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik“ findet am 7./8. März in der Nähe von Dortmund statt.

Die Vorbereitung dieser Tagung ist in den nächsten Wochen das Hauptanliegen aller Organisationen, Bewegungen, Ausschüsse und Persönlichkeiten, die die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik erkannt haben. Die Zeit bis zur Tagung muß genutzt werden, eben diese Erkenntnis von der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns zu fördern. Die Beteiligung an der zweiten Plenartagung des „Ständigen Kongresses“ ist der Ausdruck dieser Erkenntnis. Die Vorbereitungszeit zur zweiten Plenartagung des „Ständigen Kongresses“ ist die Zeit der Überwindung von Voreingenommenheiten, von Mißverständnissen, von weltanschaulichen und politischen Bedenken zwischen den verschiedenen Bewegungen, Organisationen und Ausschüssen in der Gesamtbewegung zur Abwehr der Atomrüstungspläne der Bundesregierung. Es muß klar werden, daß nur in der Koordinierung der Anstrengungen die Garantie des Erfolges gegeben ist und daß der „Ständige Kongreß“ zu keinem anderen Zweck begründet wurde. Wir bitten alle Freunde des „Ständigen Kongresses“,

1. Den im Druck vorliegenden Aufruf des Präsidiums zur zweiten

Plenartagung in allen Organisationen, Bewegungen und Ausschüssen zu verbreiten und eine ihren Verbreitungsmöglichkeiten entsprechende Anzahl dieses Aufrufes bei dem Büro des Präsidiums des „Ständigen Kongresses“ zu bestellen.

2. In allen Organisationen, Bewegungen und Ausschüssen (Gewerkschaften, Betriebe, Frauen-, Jugend-, Friedens- und Berufsverbänden) den Aufruf zur Diskussion zu stellen und die Wahl von Delegierten anzugehen.
3. Dafür zu sorgen, daß entsprechende Beschlüsse dem Büro des „Ständigen Kongresses“ mitgeteilt werden unter Beifügung der Anschrift der gewählten Delegierten.

Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß für jeden Delegierten ein allgemeiner Unkostenbeitrag von DM 5,— an das Büro des „Ständigen Kongresses“ entrichtet werden und daß die persönlichen Unkosten (Reise, Unterkunft usw.) von den delegierten Organisationen getragen werden müssen. Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ verfügt nicht über die dazu notwendigen Mittel.

Wir sind sicher, daß die Frage der Finanzierung der Delegation in jedem Falle gelöst wird, in dem die Notwendigkeit der Delegation erkannt ist.

Europäischer Ausschuß gegen die Atomaufrüstung gegründet

gl. London, 18. Januar

Gegner der Atomrüstung aus neun europäischen Ländern gründeten am Wochenende auf einem Kongreß in London einen „Europäischen Ausschuß“, der sich dem Kampf für die nukleare Abrüstung widmen soll.

Der Ausschuß wird aus je zwei Delegierten Großbritanniens, der Bundesrepublik, Frankreichs, Hollands, Belgiens, Schwedens, Norwegens, Österreichs und der Schweiz bestehen.

Die englische Organisation „Kampagne für nukleare Abrüstung“ und das deutsche „Komitee gegen Atomrüstung“ hatten den Kongreß einberufen. Er brachte ungefähr 250 Delegierte nach London, darunter viele bekannte Vorkämpfer für eine Atomabrüstung, wie den Vorsitzenden des „Komitees gegen Atomrüstung“, Hans Werner Richter, den Journalisten und Schriftsteller Robert Jungk, den Berliner Propst Dr. Grueber und den Schweizer Theologen Barth.

Von englischer Seite nahmen u. a. der Philosoph Lord Russell und der Schriftsteller Priestley teil. Propst

Grueber verlas einen Protest von Einwohnern der Stadt Dortmund gegen die Entscheidung, ein englisches Raketenregiment auf dem Dortmunder Flugplatz zu stationieren. Der Kongreß forderte Ministerpräsident Macmillan in einem Telegramm auf, die Entscheidung rückgängig zu machen.

In der Charta heißt es: „Wir werden es ablehnen, in irgendeiner Weise an Projekten mitzuarbeiten, die wir als gefährlich für die Menschheit ansehen, selbst wenn das bedeutet, daß wir in einen Konflikt mit den nationalen Gesetzen geraten, die durch den Anbruch des nuklearen Zeitalters veraltet sind.“

Unser Berichterstatter wird in der nächsten Nr. des Kongreßdienstes ausführlich auf diese Tagung zurückkommen. („Die Welt“)

Titelbild von Foto Kindermann, Berlin
Bilder auf Seite 2, 3, 4 von Foto Kindermann, Berlin

Bild auf Seite 10 von Foto Tripp, Düsseldorf

An alle Bezieher des „Kongreßdienstes“

Sie erhalten mit dieser Nr. 6 eine Vorladung zu der 2. Plenartagung des „Ständigen Kongresses“ vom 7./8. März 1959 in der Nähe von Dortmund.

Wir bitten Sie recht herzlich um Ihre Teilnahme.

Vielleicht ist es Ihnen möglich, uns noch weitere Interessenten für die Tagung zu nennen.

Auf Ihre frdl. Antwort - zu der Sie beiliegende vorgedruckte Karte benutzen können - erhalten Sie mit dem Kongreßdienst Nr. 7 die endgültige Einladung. Sie wird gegen Mitte des Monats Februar in Ihren Händen sein, so daß Sie die notwendigen technischen Hinweise, die Tagesordnung, die vorgesehenen Referenten rechtzeitig erfahren. Wir danken Ihnen für Ihr frdl. Verständnis.

Das Büro des „Ständigen Kongresses“

Aufhören

Die Menschheit ist durch die Versuche gefährdet. Die Menschheit verlangt ihr Aufhören. Sie hat das Recht dazu. Wenn in dem, was unsere Zeit noch an Kultur besitzt, noch etwas von wirksamem Völkerrecht erhalten ist oder wieder aufkommt, müssen die Völker, die bisher Versuchsexplosionen unternahmen, ohne weiteres darauf verzichten.

Es ist keine Zeit zu verlieren. Neue Versuche dürfen die Gefahr, in der wir uns befinden, nicht noch erhöhen.

In einem Atomkrieg gibt es keinen Sieger, sondern nur Besiegte. In ihm erleidet jeder von den Bomben und Atomgeschossen seines Gegners, was die seinen diesem antun. Es entsteht dabei eine in Gang bleibende Vernichtung, der kein Waffenstillstand und kein Friedensschluß ein Ende setzen kann. Wo es sich um Atomwaffen handelt, kann kein Volk zu seinem Gegner sagen: „Nun sollen die Waffen entscheiden“, sondern nur: „Nun wollen wir miteinander Selbstmord begehen, indem wir uns gegenseitig vernichten.“ Albert Schweitzer

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. Dr. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Peter Meier, Münster i. W.; Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; H. Schiefbahn, Hamburg; Rechtsanwalt H. R. Schwartz, Westerstede; Erich Wiechmann, Hamburg.

Sekretär: Karl-Ludwig Opitz, Hamburg.
Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg.
Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg.
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.